

Willkommen im Betonwald!

Démocrate  Suisse
Page 13



Adrian Pulver,
1. Vizepräsident
SD Stadt Bern,
Bern

Das Thema «Übervölkerung» erscheint manchem Zeitgenossen etwas abstrakt. Bei genauer Betrachtung können wir jedoch die Auswirkungen fast täglich beobachten. Dabei sind stetig steigende Preise, Mietzinse oder Krankenkassenprämien nicht nur, wie oft propagiert, ein Zeichen des Konjunkturabschwungs. Unterdessen hat die Schweiz 7,8 Mio. Einwohner. Leute umliegender Gebiete und Kontinente drängen nach Westeuropa, um sich hier einen Teil des Wohlstandskuchens zu gönnen. Gleichzeitig werden diese Staaten mit Unmengen von Entwicklungskapital gefüttert, sodass führende Industrienationen

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

mit Schulden in Milliardenhöhe rechnen müssen. Kommt die Schweiz dank dem Verzicht auf den EURO verhältnismässig sehr gut weg, so bezahlt sie die Zechen in Form einer kontinuierlichen Masseneinwanderung. Die herrschende Elite bezeichnet die Schweiz indes gerne als Einwanderungsland, da man sonst in der spätmittelalterlichen Armut stecken geblieben wäre. Die Schaffung eines Mittelstandes und der damit verbunde-

nen Grundanforderung für gesellschaftliche Stabilität, war vielmehr das Werk einzelner Pioniere, die mit Hilfe revolutionärer Eigeninitiative eine ausgewogenere Geldverteilung erzielen konnten.

Wie alles begann

Nachdem zwei Weltkriege ganz Europa in ihren Grundzügen verändert hatten, begann man mit dem Aufbau eines Wirtschaftsstandorts wieder bei Null. Aus Schutt und Scherben entstand eine zuvor nie dagewesene Dynamik. Obwohl in der Volkswirtschaft der Begriff «Hochkonjunktur» lediglich die Erklärung für überdurchschnittliches Wachstum darstellt, sprechen die damaligen Zeitzeugen heute noch von «der Hochkonjunktur». Dabei weiss jeder, was damit gemeint ist. Da zudem ein Überangebot an Arbeitskräften respektive Unterangebot an Unternehmungen bestand, wagte vorerst niemand, diesen Zustand anzuprangern. Die Arbeitssuchenden konnten zwischen mehreren Stellen wählen und beeinflussten somit ihr Salär. Bald zeigte sich jedoch die Kehrseite der Medaille. Nach einer ersten gewichtigen Einwanderungswelle zu Beginn der 50er-Jahre folgte zwischen 1961 und 1963 ein Anstieg von über 2% (ca. 80'000 Personen). Beitrag die Anzahl der Einwohner im Jahr 1960 noch 5,2 Mio., so wohnten vier Jahre später 5,7 Mio. Menschen in der Schweiz, wobei explizit zu erwähnen ist, dass gemäss dem heutigen Stand bereits seit 1946 die Bevölkerung hauptsächlich infolge des hohen Wanderungssaldos und nicht etwa infolge des Geburtenüberschusses zugenommen hat. Durchaus würden etliche in dieser Zeit erschaffene Infrastrukturen (z.B. das schweizweit bedeutende Inselfospital in Bern) ohne diese meist aus Italien stammenden Fremdarbeiter nicht bestehen. Vielleicht greift sogar die These der Erwirkung eines demografischen Ausgleichs. Hierbei sprechen gewisse Fachleute und Politiker von einem Glücksfall, um der chroni-



schen Überalterung entgegenwirken zu können. Betrachtet man jedoch die damals beginnende langfristige Entwicklung, so war das die Geburtsstunde einer neuen politischen Bewegung, die mit grosser Weitsicht vor den heutigen Problemen warnte. Im Jahr 1969 lancierte die 1961 gegründete Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA), die von James Schwarzenbachs Widersachern nach ihm benannte Schwarzenbach-Initiative. Das Anliegen verlangte eine Begrenzung des Ausländeranteils bei 10% der Gesamtbevölkerung in jedem Kanton (mit Ausnahme von Genf). Die durch den florierenden Wirtschaftsstandort Schweiz entstandene Einwanderung bildete aber nicht das alleinige Argument. Als erste Kraft sprach die Nationale Aktion (NA) von der damit verbundenen Verbetonung der Landesreserven. In einer Epoche als noch keine Grüne Partei (Gründung in den 80er-Jahren) existierte und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) sowie die kommunistische Partei der Arbeit (PdA) sich hauptsächlich den Arbeitnehmerfragen widmeten, galt für die NA das Hauptaugenmerk der

Übervölkerung. Gegen sämtliche Akteure der Schweizer Politlandschaft hatten diese progressiven Töne keine Chance, was sich im Jahr 1970 in der Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative zeigte. Somit wuchs die Schweiz als flächenmässig kleiner Staat zunehmend zu einem sogenannten «Stadtstaat». Jeder Kritiker

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Ist die Neutralität überholt?
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 5
- 8 Jubiläumsfeier 50 Jahre NA/SD, 1.-August-Feier
- 9 Kanton Aargau
- 10 Die Schweizer – ein blosses Staatsvolk?
- 11 Anti-TELL-urische Machenschaften
- 14 Leserbrief

Willkommen im Betonwald!

Fortsetzung von Seite 1

wurde zum Gegner des Fortschritts für langfristigen Wohlstand und Wohlfahrt. Man kann dabei auch vom Zeitalter der Agglomerationen sprechen, da diese von nun an die grösste Personenlast tragen mussten. Die verantwortlichen politischen Kräfte verpassten es, mit Richtplänen und restriktiven Vorschriften der Zersiedelung entgegenzutreten. Die Trennung zwischen Wohn- und Gewerbe-, respektive Industriezonen verkam zur überholten Theorie. Zudem herrschte eine zunehmende Belastung durch Treibhausgas und Lärm, wobei niemand auf die Idee gekommen wäre, diese Auswirkungen mit Massnahmen zu vermindern. Zum ersten Mal konnte von einer optischen Gettoisierung der Städte gesprochen werden. Mehr berühmte als berühmte Stadtteile wie die Überbauung Gäbelbach (erbaut von 1965–1968) im Westen Berns oder das «cité du Lignon» (erbaut von 1962–1971) in der Genfer Vorortsgemeinde Vernier, sind während dieses Baubooms entstanden. In letzterem Quartier wohnen heute ca. 7000 Personen.

Masseneinwanderung aus Nicht-EU-Staaten

In den 70er-Jahren verlor das Thema aufgrund der weltweiten Erdölkrise an Bedeutung. Zum zweiten und letzten Mal nach 1918 (hohe Sterberate infolge der «spanischen Grippe») kam es von 1975–1977 (im Durchschnitt 0,4% oder ca. 45'000 Personen) zu einem Bevölkerungsrückgang. Darauf folgten wiederum ca. 15 Jahre ungebremste Zunahme. Nach einem längeren Einbruch gewann die Nationale Aktion (NA) wieder an Bedeutung. Unterdessen verzeichnete zudem die Grüne Partei einen regen Zulauf, wobei sie sich als rot-grüne Vereinigung besonders den ursprünglich eingewanderten Migranten widmete, was auf ihren Ursprung in der 68er-Bewegung zurückzuführen ist. Jeglichen Tadel am Bevölkerungswachstum setzten sie mit fremden- und demokratiefeindlichem Handeln gleich. Die bürgerlichen Parteien, so auch die SVP, verkörperten seit jeher eine Ideologie des grenzenlosen Wirtschaftswachstums, sodass sowohl die Bevölkerung- als auch die Umweltthematik als irrelevant und unternehmensschädigend angeschaut wurde. Mit der fortschreitenden Ausdehnung des hiesigen Wirtschaftsstandorts trat jetzt das Phänomen der Globalisierung in Erscheinung. Der Kampf um Marktanteile in sämtlichen Wirtschaftszweigen liessen kleinere Unternehmen verschwinden und die Branchenleader fusionierten mit-

einander, um die Ballungskraft zu verdoppeln und zugleich die Konkurrenz einzudämmen. In den 90er-Jahren konnte dann auf einem Konjunkturhochstand mehrerer Jahrzehnte wiederum eine ernüchternde Bilanz gezogen werden. Von 1980–1995 wuchs die Bevölkerung um ca. 700'000 Personen, was beinahe dem doppelten Volumen der Stadt Zürich entspricht. In diesen Jahren war insbesondere die Zuwanderung aus den damaligen östlichen Nicht-EU-Staaten stark ausgeprägt. Gerade in der Tourismusbranche bot die Schweiz diesen Leuten für ein Quartal oder ein halbes Jahr auf der Basis des Ausländerausweises A (inzwischen aufgehobenes Saisonierstatut) einlass. Nachdem diese Angestellten ihren Status in eine Daueraufenthaltsbewilligung B umwandeln, entstand eine von der Politik durchwegs unterschätzte Sogwirkung mittels Familiennachzug. Die Integration dieser Jugendlichen oder meist jungen Erwachsenen ist bis heute eine kaum zu bewältigende Herausforderung. Vervielfacht wurde dieser Zustrom durch Asylbewerber aus dem von jahrelangen Kriegen geplagten Ostbalkan (Ex-Jugoslawien). Die Nationale Aktion (NA), inzwischen mit dem neuen Parteinamen «Schweizer Demokraten (SD)» versehen, bekämpfte diese Tendenzen mit halbherziger Unterstützung der SVP leider ohne Erfolg. Die Wirtschaftskrise am Ende der 90er-Jahre, begleitet von einer hohen Arbeitslosigkeit, führte zu einer Stagnation, nicht aber zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerung. Als um die Jahrtausendwende die Prognosen der Märkte wieder massiv nach oben zeigten, begann man auch über weitere Mechanismen einer erleichterten Zuwanderung zu diskutieren.

Fluch der Personenfreizügigkeit

Da die Europäische Union (EU) nun zum wichtigsten Handelspartner der Schweiz avancierte, bestand der nächste Schritt in einer umfassenden Regelung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Alle empfanden die Rekrutierung von hoch qualifiziertem Personal als absolut unabdingbar. Trennen wollte man sich von der Last, nur ständig für Flüchtlinge aus instabilen Ländern aufkommen zu müssen und stürzte sich stattdessen gleich in das nächste Dilemma. Der Bundesrat schnürte das Abkommenspaket der Bilateralen I. Dieses beinhaltete vor allem das Abkommen über die Personenfreizügigkeit, das die Schleusen für eine weitere Einwanderungswelle öffnen sollte. Einmal mehr bezeichnend war auch der Umstand, dass die Schweizer Demokraten (SD) ohne zusätzliche Unterstützung die 50'000 Unterschriften für das Referendum (die Abkommen entsprachen der Gesetzesstufe und somit lediglich dem fakultativen Referendum) zusammenbringen mussten. Die anschliessende Volksabstimmung ging mit ca. 67% Ja-Stimmen verloren. Waren es neben der stetigen Überbauung von Grünflächen, der Zersiedelung, dem CO₂-Ausstoss, der Lärmbelastung und den Unterstützungskosten für schlecht qualifizierte Migranten die bisher entstandenen vielschichtigen Probleme der Übervölkerung, kamen jetzt die Konkurrenz einheimischer Arbeitnehmer auf dem Stellenmarkt und das Lohndumping dazu. Die Zuwanderung aus Deutschland und Frankreich stieg explosionsartig an, sodass eine «Germanisierung» der Gesellschaft nicht mehr nur auf die Pflegebranche reduziert werden konnte. Dieser allgemeine Zustand verstärkte sich nochmals mit der EU-Osterweiterung. Wieder genossen die Schweizer Demokraten (SD) beim erneuten Referendum kaum Unterstützung. Das Schweizer Volk stimmte im Jahr 2005 auch der erweiterten Personenfreizügigkeit zu, was nunmehr zusätzliche Sozialkosten und Lohndumping erzeugte. Die auf Druck der Gewerkschaften ausgehandelten flankierenden Massnahmen verhinderten die entsprechenden Missbräuche zu wenig. Gerade in der Baubranche wurden vielerorts die vorgegebenen Mindestlöhne nicht eingehalten. Für die Kontrolle von potentiellen säumigen Betrieben zog man Fachpersonal bei. Zahlreiche Arbeitgeber hatten mit Bussen zu rechnen. Die einzigen Lenkungsmaßnahmen stellten zeitlich begrenzte Kontingente für eine gestaffelte Zuwanderung dar. Mitte 2006 trat die unbeschränkte Freizügigkeit für die ursprünglichen EU-Staaten in Kraft. Die Nullerjahre waren bis ca. 2004 durch eine Rezession infolge des Terroranschlags vom 11. September 2001 geprägt, was jedoch das einwanderungsbedingte Bevölkerungswachstum nicht wesentlich bremste. Die verhältnismässig geringen Veränderungen des hohen Wanderungssaldos während des Abschwungs deuteten auf eine zunehmende Belastung der Sozialwerke hin. Mitte 2007 galt nun auch die erweiterte Freizügigkeit (neue EU-Mit-



gliedstaaten) mit entsprechenden Kontingenten. Neben der Einwanderung spielte zunehmend auch die Statusumwandlung (von Kurz- zu Daueraufenthalt) eine wichtige Rolle. So wurde im Jahr 2008 mit einer Zuwanderung von ca. 98'000 Personen (1,4%) der ewige Rekord aus dem Jahr 1961 knapp verfehlt. Zu 90% konnte man das Bevölkerungswachstum auf die Einwanderung von Ausländern (gegenüber 10% des Geburtenüberschusses) zurückführen. Tatsächlich stiegen auch die Geburten der Schweizer Bürger an, sodass zum ersten Mal seit 1997 nicht nur die Einbürgerungsquote für diese Veränderung massgebend war. Im Jahr 2009 folgte eine erneute Volksabstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit respektive eine Erweiterung auf die neuen Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien. Wiederum stellte sich das Schweizer Volk zustimmend hinter die Mehrheit der Parteien. Trotz einem markanten Wachstumseinbruch, der mitunter auf die Finanzkrise zurückgeführt werden konnte, musste die Schweiz im Jahr 2009 einen Personenzulauf in Kauf nehmen, der zu 81% auf ausländischen Migrantenströmen basierte. Im Folgejahr 2010 resultierte eine Gesamtzunahme von ca. 1% (leicht sinkend). Die Einwohnerzahl beträgt somit erstmals 7,8 Mio. Seit 2000 leben 600'000 zusätzliche Personen in der Schweiz. Dies entspricht wiederum beinahe der doppelten Stadt Zürich.

Es ist nie zu spät

Es ist nie zu spät

Zurzeit wird jede Sekunde ein Quadratmeter Boden und alle zwei Stunden die Fläche eines Fussballfeldes verbaut. Daher tut eine disziplinierte Bewirtschaftung not. Krampfhaft versuchen sogar kleinste Gemeinden auf der Basis von detaillierten Zonenplänen die Bausünden der letzten 40 Jahre zu korrigieren. Die Garantie der Zonenkonformität und die kompatible Gestaltung der einzelnen Siedlungen stellen eine immense Herausforderung dar. Immer noch befinden sich Kehrichtverbrennungsanlagen in Wohngebieten oder moderne Haustypen grenzen an traditionelle Bauten, ohne dabei Gesichtspunkte wie die Dachneigung oder die Fensterordnung zu berücksichtigen. Letztlich ist ein geeignetes Gesamtbild auch die Grundlage eines lukrativen Touristenstandorts. Zudem wird die Attraktivität des Bauwahns entscheidend durch die fehlenden marktwirtschaftlichen Instrumente gefördert. Die bürgerlichen Vertreter laufen gegen sämtliche Marktregulierungen Sturm. Einschlägige Interessengruppen befürchten Nachteile, was zeigt, dass die möglichst kurzfristige Steige-

Ist die Neutralität überholt?



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Mischt euch nicht in fremde Hände! ... lautete die Empfehlung des Landesvaters Niklaus von Flüe.

Deren Befolgung ist es zu verdanken, dass es in der modernen Schweiz, die seit Jahrhunderten eine Neutralitätspolitik verfolgt

- keine Soldatenfriedhöfe;
- kein Denkmal des «Unbekannten Soldaten»;
- keine Gedenktafeln in den Dörfern und Städten für die auf dem «Felde der Ehre» gefallenen Söhne des Volkes gibt!

Wir blieben von den Völkermorden der letzten 150 Jahre dank einer klugen Neutralitätspolitik verschont. **Das ist nicht Nichts!**

Sicher sind viele Probleme unserer Zeit und unserer Gesellschaft nur in aktiver Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, mit der Völkergemeinschaft – wenn überhaupt – lösbar. Zu denken ist an die «Neue Völkerwanderung» mit dem Asylanterproblem; das organisierte Verbrechen; die Wachstumsfalle in der kapitalistische Wirtschaft steckt und die weltweite Bevölkerungsexplosion

Willkommen im Betonwald!

Fortsetzung von Seite 2

der Marktanteile und die maximalen Kapitalgewinne wichtiger erscheinen. Globalisierungskritisch sein, heisst auch, nicht auf allen Hochzeiten tanzen zu wollen. Das Reformpaket für die Regulierung der Finanzmärkte, genannt «Basel III», muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Es braucht ganzheitliche Limiten für das Eigenkapital, auch punkto sofort verfügbarer liquider Mittel. Bleibt noch das Dilemma des Steuerwettbewerbs, wobei mit der Steuergerechtigkeitsinitiative ein Gebot der Stunde ungenutzt verstrich. Gemeinde und Kantone feilschen auf Kosten der Grünflächen um Einwohner und verstärken somit die Dynamik der Entstehung neuer Wohn- und Gewerbezone.

Die Schweizer Demokraten (SD) – ihr Partner gegen Überbevölkerung

Seit dem 1. Mai 2011 gilt die vollständige Personenfreizügigkeit mit den östlichen EU-Staaten. Das Bun-

den mit ihren schrecklichen Folgen für die Völker, die Natur und die Umwelt. Zunehmend werden Versorgungsprobleme für Trinkwasser, Energieträger und industrielle Rohstoffe zur internationalen Zusammenarbeit zwingen, die über Handelsverträge hinausgehen.

Aber diese Zusammenarbeit muss und darf nicht zur Kolonialisierung, zur Protektoratbildung führen. Kriege in verschiedenster Ausprägung wären ansonsten die unausweichliche Folge. Die jüngsten Hegemonialkriege der Amerikaner geben einen Vorgeschmack der möglichen Folgen. Der staatliche Terror ruft den privaten Terror. Ein fürchterliches Klima der Verunsicherung lässt die Entwicklung der Völker einbrechen.

Die Definition der Neutralität

Der Neutralismus geht vom Prinzip der Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten anderer Staaten aus. Neutralität bedeutet die konsequente Anwendung dieses Prinzips. **Die bewaffnete Neutralität** entspricht der Verpflichtung, die Neutralität mit **allen** Mitteln zu schützen. Je glaubwürdiger diese Mittel (Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Kriegsvorsorge) ausgestaltet sind, umso grösser die Widerstandsfähigkeit gegenüber Druckversuchen zur Aufgabe der neutralen Haltung. Diese Zielsetzung verspricht wenig Ruhm, ist aber für das politische und wirtschaftliche Über-

desamt für Statistik (BfS) skizziert indes in ihrem durchschnittlichen «mittleren Szenario» ein weiteres anhaltendes Bevölkerungswachstum. Bis 2060 steigt die Einwohnerzahl auf 9 Mio. Menschen an. Nehmen wir aber die Zunahme von 80'700 Personen aus dem letzten Jahr als Basiswert, so würde dies bereits für 2020 die astronomische Zahl von ca. 8,6 Mio. Menschen ergeben. Im europäischen Vergleich liegt die Schweiz mit ihrem Wachstum in den Top Ten.

Sowie vor 50 Jahren sind die Schweizer Demokraten (SD) bis heute die einzige Partei, die gegen alle möglichen Faktoren der Überbevölkerung ankämpft. Dazu lanciert sie die Volksinitiative «für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung». Der Bund soll dafür sorgen, dass die Zuwanderung aus dem Ausland deren Auswanderung nicht übersteigt. Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen. Es stellt sich nur noch eine Frage: «Manhattan in Switzerland» – wollen wir das!?



leben eines Kleinstaates von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit dem westfälischen Frieden von 1515 begann die schweizerische Neutralitätspolitik als konsequentem Verzicht auf Machtpolitik. Damit war und ist sie stets eine **echte Friedenspolitik**. Eine neue Dimension erhielt sie nach den Napoleonischen Kriegen. Seit dem Wiener Kongress 1815 ist die **bewaffnete Neutralität** von der Staatengemeinschaft anerkannt und zur Pflicht erhoben.

Mit der Kodifizierung des Neutralitätsrechtes 1907 wurde die Stellung des neutralen Staates in Kriegszeiten völkerrechtlich geregelt. **Die Schweiz hat ihre Pflichten im vergangenen, für Europa so schrecklich, blutigen Jahrhundert mit geringen Ausnahmen sehr gut erfüllt.** Während des ganzen Krieges 1939–1945 missachtete sie weder die in der Haager Konvention niedergelegten Rechtspflichten der Neutralen, noch brach sie den Gotthard-Vertrag oder andere Übereinkommen.

Edgar Bonjour konnte am Ende seines sechsbändigen Werkes «Geschichte der schweizerischen Neutralität» schreiben – Zitat:

«Als der Waffelärm verstummte, gab sich die Schweiz davon Rechenschaft, dass sie ihre internationale Selbständigkeit und ihre Freiheiten, die als Inbegriff eidgenössischer Staatlichkeit gelten, ohne Neutralität kaum hätte bewahren können. Dem Ausland gegenüber durfte sie darauf hinweisen, sie habe ihr der Neutralität verpflichtetes Wort eingelöst.»

Das wurde ihr dann von Winston Churchill auch feierlich bestätigt.

Das Beispiel Österreich

Bekanntlich fiel Österreich als erster Staat der Nazi-Ideologie zum Opfer und wurde als Kriegsteilnehmer auf Seite der Achsenmächte von den Siegerstaaten besetzt.

Um seine Selbständigkeit wieder zu erlangen, verpflichtete es sich 1955 zur immerwährenden Neutralität. Im Bundesverfassungsgesetz steht als Artikel 1:

1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach aussen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken

seine immerwährende Neutralität, Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen;

2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Österreich hat diese Verpflichtungen durch seinen Beitritt zur EU und zur NATO sehr stark relativiert. Die Quittung dafür erhielt es in den vergangenen Jahren mit der massiven Einmischung der EU-Staaten in seine inneren Angelegenheiten, ohne dass es sich noch angemessen hätte wehren können.

Die Schweiz vor der Selbstaufgabe?

Im Interesse der Wirtschaft und gewisser internationalistischer Ideologien hat die Schweiz in den letzten Jahren ihre Neutralitätspflichten gelegentlich sehr grosszügig ausgelegt. Wirklich bedroht ist die schweizerische Neutralität und Unabhängigkeit jedoch seit unter dem Titel «Partnerschaft für den Frieden» die NATO-Tauglichkeit der Armee vorangetrieben wird.

- Wenn unsere Flugwaffe das Auftanken in der Luft mit französischen Transportflugzeugen geübt hat;
- Wenn militärische Einheiten von NATO-Staaten in der Schweiz – und schweizerische Einheiten in NATO-Staaten militärische Übungen durchführten;

– Wenn vom 5. – 10. November 2000 450 Teilnehmer aus 20 Ländern in Luzern eine militärstrategische Übung durchspielten;

– Wenn das Militär-Englisch in der Armee als Pflichtsprache eingeführt wird;

– Wenn schweizerische Kleinverbände in «besetzten» Gebieten Handlangerdienste für Grossmächte leisten;

– Wenn unsere Armee für das G8 Gipfeltreffen in Evian als bessere Verkehrspolizisten eingesetzt wurden (es hätte nur noch gefehlt, dass ihnen die Waffen abgenommen worden wären!),

steht unser Neutralitätsstatus auf wackligem Fundament. Eines der wichtigsten Instrumente zur Bewahrung der politischen und militärischen Unabhängigkeit wird zur Zeit ohne Not, geradezu mutwillig zerstört.

Mit *Sigmund Graff* ist festzustellen: **«Die Behauptung mancher Politiker, eine Neutralität sei nicht zu verwirklichen, trifft insofern zu, als sie mit ihnen nicht zu verwirklichen ist.»**



Neuer Nationalpark ganz anders

Das Projekt eines zweiten Schweizer Nationalparks hat eine wichtige Hürde genommen: Im August 2010 hiess der Bund das Gesuch um Finanzhilfen für die Errichtung des Nationalparks Adula gut. Sollte er zustande kommen, wird er nach völlig anderen Regeln funktionieren als der bestehende Nationalpark im Engadin. Die «Plaun la Greina» im projek-

tierten Nationalpark (Graubünden und Tessin) ist eine alpine Schwemmebene von nationaler Bedeutung. Denselben Status hat das Dorf Vrin (Graubünden) zuhinterst in der Val Lumnezia als Ortsbild. Der Architekt Gion A. Caminada realisierte hier ab 1991 mehrere Gebäude. Mit ihnen wird die Tradition des Holzbaus weiterentwickelt.

Umwelt



Dorf Vrin im geplanten neuen Nationalpark (aus *Umwelt*)

Bevölkerung will Waldschutz nicht lockern!

Nur gerade zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung können sich vorstellen, bei Waldrodungen die Pflicht zur Ersatzaufforstung abzuschaffen. Und ebenso sind 90 Prozent dagegen, dass Wald künftig für Siedlungszwecke gerodet wird. Dies sind die wichtigsten Resultate einer repräsentativen Umfrage des Instituts LINK im Auftrag der Umweltverbände WWF, Pro Natura, Schweizer Vogelschutz und Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. Diese Zahlen sprechen für sich. Dennoch soll nun mit der Revision des Waldgesetzes die wichtige Pflicht ausgehebelt werden, gerodete Wälder mit Ersatzaufforstungen zu kompensieren. Und dies ausgerechnet im UNO-Jahr des Waldes. Der Auslöser für die Revision ist die Zunahme der Waldfläche auf Kosten des Landwirtschaftslandes in den Gebirgsregionen unseres Landes. In Gebieten mit zunehmender Waldfläche könnte Pro Natura eine

Lockerung der Ersatzpflicht noch tolerieren – nicht aber in den tieferen Lagen der Schweiz. Dort wird der Druck auf die Waldfläche immer grösser. Pro Natura wehrt sich deshalb entschieden gegen eine Lockerung des Waldschutzes – und auch gegen weitergehende Ideen, die im Parlament (noch) nicht behandelt worden sind, so etwa die Möglichkeit, Wald für Siedlungszwecke zu roden.

Dass die Bevölkerung die Waldfläche erhalten will, ist nicht verwunderlich. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass es in ihrer Umgebung gerade genügend Wald hat, und 20 weitere Prozent möchten sogar mehr Wald in ihrer Umgebung. Nur gerade jede fünfzigste Person findet, dass es zu viel Wald in der Gegend hat. Ein Drittel der Befragten geht jede Woche mindestens einmal in den Wald, um zu spazieren oder Sport zu treiben, 20 weitere Prozent mindestens einmal monatlich.

Pro Natura

Gefahren durch Designerdrogen

Weltweit hat der **Handel mit Designerdrogen** zugenommen und er ist immer schwieriger zu kontrollieren. Die Produzenten sind den Ermittlern meist einen Schritt voraus: In immer neuen Zusammensetzungen bringen sie diese Drogen auf den Markt. In seinem kürzlich erschienenen Jahresbericht warnt der **Internationale Suchtstoffkontrollrat der UNO** vor dieser Zunahme und ruft zu Massnahmen auf.

Die Produzenten können gesetzliche Verbote und Kontrollen leicht umgehen, indem sie die Molekularstruktur gewisser Substanzen minimal verändern und so eine neue Droge schaffen. Der berauschende Effekt bleibt dabei nahezu unverändert. Als Beispiel nannte die UNO-Behörde **Mephedron**. Die Substanz hat eine **ähnliche Wirkung wie Kokain und Ecstasy**, wird aber deutlich billiger verkauft. Oft wird Mephedron im Internet als harmloses «Badesalz» angeboten. Die Droge war bereits

2007 in Grossbritannien aufgetaucht und verbreitete sich dann rasch im restlichen Europa sowie in Nordamerika und in Südostasien. Erst seit Dezember 2010 ist die Droge in der Schweiz und im EU-Raum verboten.

Auch **in der Schweiz** gelangen immer wieder **neue Drogen auf den Markt**. Sie kursieren unter Namen wie «Explosion», «Yucatan Fire» oder «Chill X» und versprechen «euphorische Gefühle, klares Denken und totale Entspannung». Anstelle von «Designerdrogen» werden sie in der einschlägigen Szene auch als «Research Chemicals» oder «Legal Highs» (legale Höhenflüge) bezeichnet. Gerade weil die Risiken und Nebenwirkungen dieser Stoffe wenig bekannt sind, sind die **gesundheitlichen Gefahren besonders gross** – und zwar nicht nur für den Konsumenten, sondern auch für Dritte, z.B. im Strassenverkehr.

Jugend ohne Drogen

Tierquälereien gehören verurteilt!

Tierquälereien dürfen nicht toleriert werden und sollten zwingend strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Leider kommen **Tierquäler jedoch oftmals mit einer viel zu milden oder sogar ganz ohne Strafe davon.**

Seit 2003 unterhält die Stiftung für das Tier im Recht eine **Datenbank** mit sämtlichen dem Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) gemeldeten Schweizer **Tierschutzstrafentscheidungen**. Zudem veröffentlichen wir jedes Jahr die neusten Erkenntnisse und Entwicklungen der Strafpraxis in einem **auswertenden Bericht**, der regelmässig auf ein grosses Medienecho stösst.

Mit der Datenbank und den jährlichen Analysen legt man die in vielen Kantonen herrschenden **Missstände im Vollzug des Tierschutzrechts offen** und kann **Druck auf die zuständigen Behörden ausüben**. Dies hat massgeblich dazu beigetragen, dass **Tierquälereien heute konsequenter verfolgt und die Täter häufiger bestraft werden**. Während 2009 beispielsweise in St. Gallen 244 Strafverfahren wegen Verstössen gegen das Tierschutzrecht durchgeführt wurden, hatten die Kantone Wallis und Appenzell-Ausserrhodon gerade mal jeweils einen Fall zu verzeichnen.

Stiftung für das Tier im Recht



Moslemisches Schächt-Schlachten einer Kuh ohne Betäubung.

(Aus: *VgT-Nachrichten*)

Demografische Veränderungen

Bei der Diskussion um die Zukunft der AHV wird immer wieder auf die demografischen Veränderungen hingewiesen: Mehr Alte, weniger Junge. Hier sollen die Zusammenhänge näher untersucht werden. Heute kommen in der Schweiz vier Erwerbstätige auf einen Rentner, bis im Jahr 2040 wird sich das Verhältnis auf etwa zwei zu eins verändern. Die durch die Statistik ausgewiesene Tatsache lässt sich als solche nicht leugnen, falsch daran ist jedoch der Blickwinkel. Um ein objektives Bild zu erhalten, muss man sämtliche Nichterwerbstätige, also auch die Jungen, den Erwerbstätigen gegenüberstellen. Zählt man Junge und Rentner zusammen, dann ergibt sich ein ganz anderes

Bild, besonders wenn man den Blick auch zurück richtet: Im Jahr 1900 mussten 100 Erwerbstätige für 85 Nichterwerbstätige aufkommen, nämlich für 75 Kinder und 10 Rentner. Heute ist die Gesamtbelastung an einem Tiefpunkt angelangt, sie beträgt noch 61 Prozent (37 Junge und 24 Rentner). Die Gesamtbelastung wird zwar in den kommenden Jahren ansteigen, aber selbst im Jahr 2040 wird sie den Wert von 85 Prozent (wie 1900) nicht erreichen. Professor Ambros Lüthi (Uni Freiburg), Spezialist für Bevölkerungsfragen, sagte dazu, dass der heutige Wert (61 Prozent) unnatürlich tief sei und sich mit keinen Mitteln auf die Dauer aufrechterhalten lasse. *Ecopop*



Der Regenwurm – Tier des Jahres 2011

Pro Natura hat den Regenwurm zum Tier des Jahres 2011 gewählt. Der kleine Schwerarbeiter sorgt für lebendige, fruchtbare Böden.

Das Tier des Jahres 2011 pflegt eines unserer kostbarsten Güter: den Boden. Doch die Wirkungsstätte des Regenwurms geht rasant verloren. Pro Sekunde verschwindet in der Schweiz fast ein Quadratmeter Boden unter Strassen, Parkplätzen oder Industriebauten. Der Boden ist Grundlage für das Wachstum von Wild- und Nutzpflanzen. Mit der Versiegelung des Bodens verlieren nicht nur Regenwürmer und unzählige andere Bodenlebewesen ihre Nahrungs- und Lebensgrundlagen, sondern auch der Mensch. Pro Natura setzt mit der Wahl des Regenwurms zum Tier des Jahres 2011 ein Zeichen für die haushälterische Nutzung der endlichen Ressource Boden und den Erhalt intakter Landschaften.

In der Schweiz sind rund 40 Regenwurmartarten bekannt. Manche leben in der Streuschicht an der Bodenoberfläche, andere im Wurzelbereich, wieder andere graben sich bis tief in den Unterboden hinab. Die bekannteste Art ist der stattliche Tauwurm (*Lumbricus terrestris*). In der Dämmerung und nachts zieht er Blätter und totes organisches Material von der Bo-

denoberfläche in seine bis zu drei Meter tiefen Wohnröhren. Beim Anlegen seiner Gangsysteme leistet der unscheinbare Untergrundaktivist Schwerarbeit: Er stemmt bis zum 60-fachen seines Körpergewichtes.

Baumeister fruchtbarer Böden

In intaktem Grünland leben bis vier Millionen Regenwürmer pro Hektare. Sie legen Gänge mit einer Gesamtlänge von bis zu 900 Metern pro Kubikmeter an. Diese Röhrensysteme bewirken, dass Regenwasser rasch versickert und der Boden gut durchlüftet wird. Vor allem aber produzieren Regenwürmer bis zu 100 Tonnen wertvollen Humus pro Hektar und Jahr.

In ihrem Darm vermischen sie organisches Material mit feinen Mineralteilchen und Mikroorganismen. Das Resultat ist exzellenter natürlicher Pflanzendünger.

Regenwürmer verbessern nicht nur den Nährstoffgehalt und die Struktur des Bodens, sondern sind auch für zahlreiche Tierarten eine wichtige Proteinquelle. Vögel, Maulwurf, Igel und Frösche sind nur einige seiner Fressfeinde. Durch seine gewaltigen Leistungen bis über den Tod hinaus bildet das Tier des Jahres 2011 quasi das Rückgrat intakter Ökosysteme.

Aus: Pro Natura Magazin

Bosco Gurin, älter als die Eidgenossenschaft

Bosco Gurin ist ein einzigartiges Dorf in der vielsprachigen Schweiz. Als Walsersiedlung wurde es schon im 13. Jahrhundert gegründet. Zuhinterst in einem abgelegenen Seitental der Maggia im Tessin, nur wenig unterhalb der Waldgrenze gelegen, hat es seinen baulichen Charakter und seine deutsche Sprache erhalten. In den letzten 700 Jahren litten die Dorfbewohner grosse Not. Mächtige Lawenniedergänge haben im späten Mittelalter den alten Dorfteil zerstört und einen grossen Teil der Bewohner in den Tod gerissen. In den vergangenen Jahren war das Dorf vor allem durch die Abwanderung der jungen Bevölkerung bedroht. Die fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten aber auch die Anziehungskraft des bequemeren Lebens in den Städten bewegen viele junge Leute, dem Dorf und



ihrer uralten Heimat den Rücken zu kehren.

In jüngster Zeit hat ein Umdenken stattgefunden. Dank zukunftsweisenden Ideen **soll die einzigartige Kultur in einer grossartigen Umgebung und die Schaffung von wertvollen Arbeitsplätzen für die einheimische Bevölkerung erhalten werden.** Durch die Förderung eines sanften Agrotourismus wird Familien im Dorf ein Existenzsicherndes Einkommen über das ganze Jahr ermöglicht.



Energiepolitik am Scheideweg

In den nächsten Jahren entscheidet sich die Schweiz, ob sie weiterhin dreckigen und gefährlichen Atomstrom produzieren will oder stattdessen eine umweltverträgliche Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen anpeilt. Mit einer fragwürdigen Vergabe von Fördergeldern sowie einer mangelhaften

bis inexistenten Richt- und Raumplanung erschweren Bund und Kantone aber die grüne Energiezukunft. Pro Natura fordert deshalb griffigere Kriterien, damit die erneuerbaren Energien auch natur- und umweltverträglich genutzt werden können.

Pro Natura



1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung **SD**

– eine beachtliche politische Leistung!

Schweizer Demokraten

5. Teil: Markante Persönlichkeiten unserer Partei und die erste Nationalratsliste 1967



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Sie arbeiteten an vorderster Front für unsere Sache

Nachfolgend stelle ich einige markante NA-Persönlichkeiten (mit Foto) aus früheren Jahren vor. Die Auswahl ist eher zufällig – es gäbe noch viele weitere um unsere Partei verdiente Menschen!

Einwohnerrat Peter Schürmann



Er war Innerschweizer Vertreter der damaligen Nationalen Aktion und prägte die Partei in den 70er- und 80er-Jahren massgeblich mit. Hinter dem Namen Peter Schürmann verbarg sich ein genialer Unterschriftensammler, der – auch unterstützt durch seine Frau Maria – nicht nur massenweise Unterschriften für unsere Volksinitiativen und Referenden zusammentrug, nein, er entwickelte – als von Beruf aus einfacher Arbeiter – sogar Computerprogramme, um die Unterschriften in der internen Beglaubigungsphase effizient zu verarbeiten. Des Weiteren war er Mitglied in der schweizerischen NA- und SD-Geschäftsleitung und im Zentralvorstand. Peter Schürmann war auch Einwohnerrat in der Gemeinde Emmenbrücke. Er sorgte damals mit einer lokalen Volks-

initiative landesweit für Furore, indem er verlangte, dass Einbürgerungen zur Genehmigung vors Volk gehören. Später behaupteten dann Emmener SVP-Leute, dass dies ihre Idee war – dabei haben sie es Peter Schürmann «abgekupfert»!

Gemeinderat Peter Frei



Er war Präsident der damals mächtigen Zürcher NA-Stadtsektion. Ohne ihn lief nichts in unserer Zürcher Partei. Parteipräsident, langjähriger Gemeinderat, Zentralvorstandsmitglied, Kantonsratskandidat und Nationalratskandidat. Auf Peter Frei war immer Verlass, wenn es ums Kämpfen für Volk und Heimat und für die NA ging! Er organisierte grosse Veranstaltungen, an die manchmal mehrere hundert Leute kamen. Die ganze Stadt Zürich wurde dank seinem Organisationstalent x-fach mit NA-Flugblättern eingedeckt. Standaktionen mitten im damals noch als Weltstadt glänzenden Zürich gehörten ebenfalls zu seinem Betätigungsfeld. Auch dafür war er sich nicht zu schade! Unterstützt wurde er unter anderem von NA-Kantonsrat Alfred Güntensberger, welcher für die Stadtsektion in allen erdenklichen Ämtern arbeitete.

Dreamteam Hans Zwicky und Anita Wilhelm

Der Frauenfelder Hans Zwicky war von 1980 bis 1986 Zentralpräsident der NA. Er war eine Respektsperson, der es verstanden hat, die Partei in einer eher schwierigen Abwärtsphase gekonnt durch die Politwellen zu führen. Im Kanton Thurgau war er stolzer NA-Kantonsrat. Insgesamt war er ein eher



Dreamteam Anita Wilhelm und Hans Zwicky.

stiller Schaffer, geschickt und clever, und er galt als ausgleichende Persönlichkeit in unserer Partei.

Zusammen mit ihm amtierte die Aargauer Grossrätin Anita Wilhelm als Zentralsekretärin. Sie war eine gute Administratorin. Es war für sie nicht immer leicht, in der von Männern dominierten Partei ihren Platz zu behaupten, aber sie hat dies während vieler Jahre mit Bravour gemeistert. Sie arbeitete damals im Zentralsekretariat in Killwangen.

Grossrat Dr. Franz R. Widmer



Franz Widmer war in seinem politischen Leben vor allem in Basel und Fribourg – an beiden Orten auch als Parlamentarier – tätig. Er bekleidete, ja füllte das Amt des Zentralvizepräsidenten während vieler Jahre aus. In jeder Partei

braucht es auch Akademiker, hoch gebildete Leute, welche eher für die Denkarbeit verantwortlich sind. Ein solcher Mann war Franz Widmer. Stark prägte er auch die Entwicklung der Parteiprogramme mit. Oder er half mit bei der Festlegung von neuen Organisationsstrukturen. Manch genialer Einfall bei der Formulierung von Volksinitiativen stammte von ihm.

Grossrat Hans Jeker



Hans Jeker war während vieler Jahre eine prägende Figur der Basler NA. Er strahlte Autorität aus. Als Grossrat war er einer derjenigen, welche sich auch nicht scheuten, in längeren fundierten Reden die Missstände in der Stadt Basel und in unserem Land anzuprangern. Er machte aktiv mit bei städtischen NA-Referenden. Und – ihm konnte man stundelang zuhören –

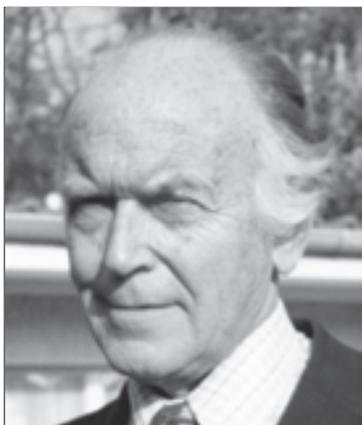
ein brillanter Redner. Hans Jeker bildete zusammen mit den Grossräten Felix Stebler, Alfred Lauper und Ernst R. Lung ein starkes politisches Quartett, an dem in der Basler Politik niemand vorbei kam! Ganz persönlich war ich (Rudolf Keller) in meinen politischen Anfangsjahren auf die Unterstützung von Hans Jeker angewiesen. Als sehr junger NA-Mensch kam ich Anfang der 70er-Jahre in die Partei – das war eher suspekt und man war sich damals nicht so sicher, ob ich nicht böses im Sinn hätte mit der Partei. Hans Jeker unterstützte mich zusammen mit Walter Jaeger-Stamm und Alfred Lauper bei der Gründung der Jung-Nationalen Aktion sehr stark!

Nationalrat Walter Jaeger-Stamm



War von 1971 bis 1975 NA-Nationalrat des Kantons Basel-Stadt. Chemiker von Beruf, bearbeitete er im Nationalrat ein breit gefächertes Themenfeld, von der Gewässer-verschmutzungs-Problematik zur Überfremdung und den Umweltschutz. Seine Voten waren immer sehr ausgewogen. Walter Jaeger-Stamm war einer der gebildeten Elite des Landes, der offen zu unserer Partei stehen konnte. Er war mit Leib und Leben ein NA-Mann. Und es beschäftigte ihn sehr, dass seine Grosskinder dereinst eine Minderheit im Land sein würden.

Nationalrat Heiner Müller



Er war ebenfalls Anfang der Siebziger Jahre NA-Nationalrat. Als Ju-

rist hatte er ein leichtes Spiel. Er wurde im Kanton Zürich mit Glanz und Gloria in den Nationalrat gewählt. Und er konnte im Nationalrat bissige Voten halten, die zur Kenntnis genommen wurden. Obwohl er damals auch Angebote des inzwischen aus der NA abgesprungenen James Schwarzenbach hatte, blieb zeitlebens der NA treu!

Erste Nationalratsliste mit Schwarzenbach

Unten auf der Seite ist eine Faksimile einer ganzen Seite der Oktober-Zeitung vom September 1967. Interessant, wie unsere Partei damals diskriminiert wurde. Hier am Beispiel des bekannten Restaurant «Bürgerhaus» in Bern dokumentiert. Ebenso aufschlussreich ist

die Zusammensetzung der ersten Nationalratsliste, auf welcher dann auch Dr. James Schwarzenbach – im Oktober 1967 – als erster NANA-Nationalrat gewählt wurde. Wo es überall NA-Sektionen gab, ist ebenso wissenswert wie etwa die Tatsache, dass das Zeitungsabonnement damals nur 5 Franken kostete – heute undenkbar!

VEREINSFREIHEIT?

Die «Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat» ist ein Verein im Sinne der Artikel 56 BV und 60 ff. ZGB. Sie ist weder in ihren Zwecken noch in ihren Mitteln «rechtswidrig oder staatsgefährlich». Vielmehr kämpft sie für die zukünftige Unabhängigkeit der Schweiz! Somit steht sie unter dem Schutze der Bundesverfassung und der Gesetze!

Die Behörden müssen diese Tatsache anerkennen, aber sie gedenken uns zu drangsalieren! Wie bekannt, führten wir am 21. September im «Bürgerhaus» in Bern eine öffentliche Kundgebung durch, die, entgegen dubioser Zeitungsberichte, ein Grosse Erfolg war. Nach dieser Veranstaltung erhielt nun das «Bürgerhaus» vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement in Bern einen abschlägigen Bescheid über ein längst hängiges Gesuch für ausländisches Personal. Die Ablehnung dieses Gesuches wurde u. a. damit begründet, dass ein Unternehmen wohl nicht Anspruch auf ausländisches Personal erheben könne, wenn

es den «Fremdenhassern» (dieser Ausdruck stammt von uns, Red.) seine Lokalitäten zur Verfügung stelle! Wir kennen den Wortlaut des Entscheides leider nicht, doch ist er hier sinngemäss richtig wiedergegeben.

Dieser Vorfall hat für uns unweigerlich zur Folge, dass uns nun das «Bürgerhaus» in Bern für alle Zeiten verschlossen bleibt! Und das nennt man im Bundeshaus «Gewährleistete Vereinsfreiheit!» Wir werden auf diese Angelegenheit zurückkommen!

An dieser Stelle nur zwei Hinweise:

Am letzten Oktobersonntag finden die Nationalratswahlen statt!

Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, das uns auf Umwegen «die Luft» abstellen will, steht unter der Leitung des freisinnigen Bundesrates Hans Schaffner!

Die Redaktion.

Liste 10: Aktion gegen die Überfremdung

Schwarzenbach James, Dr. phil. (Verleger)
Kurhausstrasse 5, 8032 Zürich

Schwarzenbach James, Dr. phil. (Verleger)
Kurhausstrasse 5, 8032 Zürich

Meier-Billeter Fritz, Konstrukteur, 8546 Eilikon an der Thur

Meier-Billeter Fritz, Konstrukteur, 8546 Eilikon an der Thur

Lienhard Walter, Polier, Schauenbergstrasse 16, 8046 Zürich

Lienhard Walter, Polier, Schauenbergstrasse 16, 8046 Zürich

Gattiker Johannes, Landwirt
zum Johannisberg, Kirchstrasse 65, 8810 Horgen

Gattiker Johannes, Landwirt
zum Johannisberg, Kirchstrasse 65, 8810 Horgen

Alther Eduard, Dr. med. Neurochirurg
Isisbühlstrasse 15, 8800 Thalwil

Bachofner Hans Paul, Mechaniker
Goldbrunnenstrasse 40, 8055 Zürich

Böhringer Max, Techniker, Seestrasse 90, 8002 Zürich

Bucher Otto, Ingenieur, Zeltstrasse 41, 8134 Adliswil

Frey Walter, Bücherexperte, Nordstrasse 163, 8037 Zürich

Greuter Karl, Werkzeugschmied, Zimmerlistrasse 12, 8004 Zürich

Jacobi Armin, Klavierbauer, Lindenbachstrasse 38, 8006 Zürich

Merz Hans, Mechaniker, Haldenstrasse 152, 8055 Zürich

Müller Heinz, Dr. jur., Zürcherstrasse 54, 8102 Oberengstringen

Stahel Albert, Ing.-Prok., Marchwartstrasse 67, 8038 Zürich

Vogt Arthur, Sekundarlehrer
Lerchenbergstrasse 27, 8703 Erlenbach

Wynistorf Arthur, Sekundarlehrer
Sonnenbergstrasse 31, 8488 Turbenthal

Zwicky von Gauen Joh. Paul, Genealoge und Verleger
Weinrebenstrasse 80, 8708 Männedorf

Wir bitten unsere Mitglieder, Gönner und Abonnenten freundlich, in den kommenden Monaten unseres speziellen Postcheckkontos zu gedenken:

Abstimmungsfonds der Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat, Winterthur. – 84 - 8453.

Wir danken zum voraus herzlich für jede Unterstützung!
Die Geschäftsleitung

Adressen Vorstand und Sektionen

| | | |
|------------------------|---------------------|-------------------------------------|
| Zentralvorstand | Ed. E. Perret | 3400 Burgdorf Tel. (034) 2 63 21 |
| | | 3000 Bern 7 |
| Sekretariat | Postfach 117 | |
| Postcheck: | 84 - 7159 | |
| Basel-Stadt und -Land | Postfach 462 | 4002 Basel |
| Postcheck: | 40 - 264 84 | |
| Bern und Umgebung | Postf. Kornhaus 117 | 3000 Bern 7 |
| Postcheck: | 30 - 337 95 | |
| Biel | Postfach 458 | 2501 Biel |
| Innerschweiz | Postfach 432 | 6000 Luzern |
| Postcheck: | 60 - 228 50 | |
| Ostschweiz | Postfach 247 | 9004 St. Gallen |
| Postcheck: | 90 - 2856 | |
| Winterthur | | 8400 Winterthur |
| Zug | Chamerstrasse 117 | 6300 Zug |
| Postcheck: | 60 - 234 23 | |
| Zürich-Stadt | Postfach A 128 | 8052 Zürich |
| Postcheck: | 80 - 137 87 | |
| Zürichsee rechtes Ufer | 80 - 7177 | 8706 Meilen |
| Zürcher Oberland | Postfach 9 | 8630 Tann-Rüti |
| Postcheck: | 80 - 663 99 | |

Herausgeber: Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat, 8400 Winterthur

Redaktion: Die Redaktionskommission (Ed. E. Perret, Rudolf Wälchli). Anfragen, Zuschriften und Einsendungen sind zu richten an «Nationale Aktion», Postfach 117, 3000 Bern 7

Jahresabonnement durch Einzahlung von Fr. 5.— auf Postcheck 84 - 7159 «Nationale Aktion», Winterthur

Betrittsklärungen an Postfach 117, 3000 Bern 7 (Jahresbeitrag inkl. Zeitung Fr. 8.—)

Druck: Faslser-Druck AG, 5001 Aarau

ZEITUNG LESEN — WEITERGEBEN



Jubiläumsfeier 50 Jahre NA/SD

SD 
Schweizer Demokraten

1.-August-Feier 2011



Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
im Fischerei-Park,
Gouchertweg 1, 3252 Worben/BE

(ab Bahnhof Studen wird um 10.10 Uhr ein Shuttlebus zur Verfügung stehen; Fussweg via Gouchertweg ca 700 m)



Programm:

ab 10.30 Uhr:

Musikalischer Auftakt mit «Musik mit Dänu».

10.40 Uhr:

Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»

Begrüssung und Programmführung durch Bernhard Hess,
e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer

Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache
durch Dr. Michel Dupont, Pully, SD-Vizepräsident

11.00 Uhr:

«Die Zukunft der Schweiz» aus jugendlicher Sicht von Marco Schällmann, Präsident Junge SD

11.20 Uhr:

«Die NA/SD – eine erfolgreiche Bewegung» von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, SD-Ehrenpräsident

12.00 Uhr:

Mittagessen – Musikalische Umrahmung mit «Dänu»

Menü 1: Schweinsschnitzel mit Pommes frites und grüner Salat.

Kosten: Fr. 24.90

Menü 2: Forellen-Knusperli mit Pommes frites und grüner Salat.

Kosten: Fr. 28.90



14.00 Uhr:

Ansprache zum SD-Jubiläum: «Die Schweiz – unsere Heimat!»
von Rudolf Keller, e. Nationalrat und e. SD-Zentralpräsident

15.30 Uhr:

Gemeinsames Singen «Trittst im Morgenrot daher»
Ende der Veranstaltung.

Wichtig: Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt. **Parkplätze** vorhanden.

Fahrplan: Bern ab 9.30; Studen an 9.58 (Richtung Biel); Biel ab 9.54; Studen an 9.59 (Richtung Bern)



Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



Lucerne-Innerschweiz:
Höck im Rest. «Tribtschen», im kleinen Saal, Kellerstrasse 25a, Luzern. Jeweils am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr. Es ist immer jemand da!



Kantonalsektion St. Gallen:
Stamm am 30. Juni ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Gal-

ler Hauptbahnhofs (Kein Stamm im Juli). Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



Kanton Aargau



22. Mai 2011: Menschenstrom gegen Atom (Foto: René Kunz)

Friedlich und bunt: Menschenstrom gegen Atom!

Über 20'000 Personen – ob jung oder alt – trafen sich am 22. Mai 2011 auf einer Wiese in Kleindöttingen, um für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke zu demonstrieren. Das war für mich als Teilnehmer ein einmaliges Erlebnis, denn ich habe noch selten so friedliche und gutgelaunte Menschen an einer Demonstration beobachtet. Alle waren sich einig: Je mehr über die Sicherheit und Restrisiken der Kernkraftwerke geschwiegen, vertuscht und sicherheitsrelevante Tatsachen unter den Tisch gewischt werden, desto mehr schwindet das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Behörden. Gottlob ist

die Bevölkerung kritischer geworden und lässt sich nicht mehr so rasch für dumm verkaufen. Wenn sich das Volk nicht zur Wehr setzt, wird weiter verheimlicht und vernebelt.

Fakt ist: Je länger wir mit dem Ausstieg aus der Atomenergie warten, desto mehr Abfall wird produziert und desto schwieriger wird es, ein geeignetes Lager zu finden. Deshalb ist es zwingend, dass jetzt gehandelt werden muss, damit unsere Enkel uns nicht eines Tages für die Katastrophe verantwortlich machen!

René Kunz, Reinach, SD-Grossrat

Sind die Schweizer stimmfaul?

Unsere Medien haben ein neues Umfeld gefunden, um die Schweizer in Misskredit zu bringen. In letzter Zeit wird immer öfter dar-

über palavert, dass die Stimmbeteiligung in der Schweiz sehr tief sei. Gelobt wird dafür das Ausland mit den viel höheren Wahlbeteiligungen. Ein «kleiner» Unterschied wird dabei völlig ausser Acht gelassen. Während in allen mir bekannten Ländern die Stimmbürger alle vier bis fünf Jahre ihr Parlament wählen dürfen (von ganz vereinzelt Referenden mal abgesehen), finden in der Schweiz im Allgemeinen Abstimmungen/Wahlen vier Mal pro Jahr statt! Und da wird meistens über mehrere völlig unterschiedliche Themen abgestimmt, im Mittel sicher 5 bis 10. In der Schweiz stimmen wir also jedes Jahr über 20 bis 40 Themen ab, im Ausland alle vier bis fünf Jahre ein einziges Mal.

Dr. D. Najman, Grossrat, Baden

Adressänderungen

Aufruf an unsere Leserschaft

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie uns daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an:
SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung. (Red.)

Grosser Rat Aargau

Verschwundene Asylbewerber

Interpellation René Kunz, SD, Reinach

Das Internetportal NZZ-Online berichtete am 24. April 2011 wie folgt: «Der Bericht, den das Bundesamt für Migration (BfM) für die Staatspolitische Kommission des Ständerats verfasst hat und der nicht öffentlich ist, hat eigentlich die Beschleunigung der Asylverfahren zum Ziel. In ihm werden aber auch zahlreiche andere Probleme des Asylwesens skizziert. Zum Beispiel das Problem, dass Tausende «Asylsuchende» einfach verschwinden. Sie reisen entweder ohne weitere Angaben ins Ausland weg oder tauchen im Inland unter.» (Zitatende)

Es ist kaum zu glauben – aber dennoch wahr! Gemäss einem Bericht des Bundesamtes für Migration, welcher der Öffentlichkeit vorenthalten wird, sind Tausende Asylbewerber – teils mit einem abgelehnten Asylentscheid – verschwunden, resp. untergetaucht. Es hat nichts mehr mit direkter Demokratie zu tun, wenn der Schweizer Bevölkerung negative Fakten im Asylbereich vorenthalten werden. Solange die Behörden nicht bereit sind, für abgewiesene Asylbewerber Sammellager einzurichten, bekommt man die gewaltigen Probleme im gesamten Asylbereich nicht in den Griff. Für die hiesigen Einwohner gibt es ja auch das Mittel der Beugehaft! In diesem Zusammenhang stellt sich deshalb die berechnete Frage: Haben die eidgenössischen und kantonalen Behörden den «Asyl-Bereich» tatsächlich noch im Griff?

Es muss davon ausgegangen werden, dass auch im Kanton Aargau Asylbewerber mit einem abgelehnten Asylentscheid «verschwunden» oder untergetaucht sind!

Zudem hat sich seit längerem die merkwürdige «Sitte» eingebürgert, dass Asylbewerber die Schweiz aus «Feriengründen» verlassen. Asylbewerber, welche «Ferien» in ihren Herkunftsländern verbringen, sollte aus rechtsstaatlichen Gründen die Wiedereinreise in die Schweiz verweigert und eine erneute Aufenthaltserlaubnis keinesfalls mehr gewährt werden.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit – in Zusammenarbeit mit eidgenössischen Behörden – endlich geschlossene und zentral geführte Sammelunterkünfte für abgewiesene Asylbewerber und Personen mit einer provisorischen Aufenthaltsbewilligung im Asylbereich ohne Aufenthaltsbewilligung einzurichten? Wenn Nein, warum nicht? Erbitte genaue Begründung!
2. Vermutet der Regierungsrat auch, dass zahlreiche abgewiesene und untergetauchte Asylbewerber noch einer Nebenbeschäftigung nachgehen? Wenn Nein, woher nimmt der Regierungsrat diese Gewissheit? Was unternimmt der Regierungsrat gegen die illegal anwesenden Personen – sprich sogenannte «Sans-Papiers»?
3. Wird die schwierige und z.T. gefährliche Arbeit mit den Asylbewerbern und insbesondere die Ausschaffungen nicht auch durch die Asylantenlobby (Hilfswerke usw.) torpediert und dadurch zusätzlich erschwert?
4. Wie viele Asylbewerber mit einem abgelehnten Asylentscheid beherbergt der Kanton Aargau? Wie viele dieser Asylbewerber gelten als «verschwunden» oder sind untergetaucht? Weshalb werden diese «falschen Flüchtlinge» bei einer möglichen Festnahme nicht konsequent repatriiert?
5. Mit welchen Mitteln will der Regierungsrat den allseits bekannten Missständen im gesamten Asylbereich Abhilfe schaffen?
6. Wie viele Asylbewerber verbringen ihre «Ferien» in ihren Herkunftsländern und was erwartet sie seitens der Behörden bei der Wiedereinreise in die Schweiz?
7. Mit was für Identitätspapieren reisen solche «Ferientechniker» von Land zu Land?

Die Antwort des Regierungsrates steht noch aus.

SD lesen – weitergeben!

Die Schweizer – ein blosses Staatsvolk oder doch noch eine Nation?

Es ist klar, die bald 8 Mio Menschen, die innerhalb der Landesgrenzen wohnen, bilden **das Staatsvolk**. Seien es nun Einheimische mit Tradition oder Neubürger mit verschiedenartigstem Migrationshintergrund, seien es Ausländer mit Aufenthaltsbewilligungen, Asylbewerber oder Sans Papier. Bei der bekannten Zusammensetzung dieser Einwohnerschaft – ein Stadtpräsident verkündete jüngst stolz, dass in seiner Stadt 150 Nationalitäten vertreten seien – ist es wenig verwunderlich, dass das gemeinsame Schweizerische, das Zusammengehörigkeitsgefühl immer mehr leidet, aber immer mehr Toleranz und immer mehr Gefängnisplätze verlangt werden.

Solange es uns wirtschaftlich gut geht, hält uns der Wohlstand einigermassen zusammen. Sollte, was zu befürchten ist, eine ernsthafte wirtschaftliche Flaute einsetzen, werden die zentrifugalen Kräfte ein fruchtbares Zusammenleben schwierig machen.

Die Nation meint eine Gemeinschaft gleicher Abstammung, gleicher Geschichte, in der Regel gleicher Sprache und Kultur, **die ein politisches Staatswesen bilden will**. Die Schweiz ist eine exemplarische **Willensnation** geworden über eine lange, gemeinsame Geschichte. Angehörige von vier Kulturen mit jeweils verschiedenen Sprachen haben sich in schmerzhaften Geburtswehen um gemeinsame Ideale vereint. Dass die letzten 50 Jahre ohne blutige Auseinandersetzungen zwischen den zahlreichen, eingewanderten Volksgruppen und den Alteingesessenen bewältigt werden konnten, darf ruhig als ein Wunder und als Ergebnis spezieller politischer Rahmenbedingungen bezeichnet werden. Aber auch Wunder geben keine Garantie für eine unbegrenzte Zeitdauer. Zur Zeit gibt es allzu viele Anzeichen, dass die «Wunderzeit» zu Ende gehen könnte. Man denke etwa an die nicht integrationswilligen «Secondos», steigende Kriminalität von Mitbürgern mit «Migrationshintergrund», oder an die für uns unverständliche Haltung gegenüber den weiblichen Mitgliedern verschiedener «Parallel-Gesellschaften».

Das Nationalbewusstsein, d.h. die emotionale Bindung an die schweizerische Willensnation leidet zusehends. Ein Faktum, das eigentlich nicht verwunderlich ist, wenn



schon die Kinder in einem schulischen Umfeld aufwachsen, das vielerorts durch eine Vielfalt von Kulturen geprägt wird, wo bereits die Traditionen des christlichen Abendlandes (Schulgebet, Kreuz im Schulzimmer, Weihnachtsfeiern etc.) um des faulen Friedens mit Angehörigen aggressiver Religionen willens geopfert werden. Wo gemeinsamer Badeunterricht, Landschulwochen und Sportferien ebenso wie der Unterricht am Samstag zum Problem werden, darf man sich nicht wundern, wenn unsere Kinder richtungslos aufwachsen. – Eine besonders traurige Rolle spielen in diesem Bereiche viele Angehörige der wirtschaftlichen und kulturellen Elite. Um des schnöden Mammonswillens oder wegen der bescheidenen Dimension des eigenen, nationalen Kulturraumes veraten sie hemmungslos die Tugenden und Werte des eigenen Volkes. Man denke an die Abzocker in der Wirtschaft (Boni-Ritter!) und an gewisse Kulturschaffende, die für das typisch schweizerische nur Spott und böartige Kritik übrig haben. – Oberste Vertreter der politischen Hierarchie bringen nicht mehr die Kraft auf, sogenannte Künstler (wie z.B. «Hirschbock») und Professoren (wie z.B. «Viereck») kalt zu stellen, welche offensichtlich das eigene Volk verhöhnern, resp. in die Irre führen. Die Kraft, diplomatischen Landesverrat als solchen zu bezeichnen, geht ihnen ab. Nicht nur das – sie machen sich selbst desselben schuldig, indem sie den Mächtigen dieser Welt scharwenzeln, ja sich bei ihnen sogar für demokratisch gefällte Volksentscheide entschuldigen.

Das Wort «national» – im politischen Raum ein Unwort!

Unsere «**Nationale Aktion**», aber auch die kleine Gruppe der «**natio-**

nal denkenden Schweizer» mussten und müssen es noch heute erfahren, dass das Adjektiv «national» Grund für übelste Verdächtigungen des Rechtsextremismus ist. Dieselben Erfahrungen machten und machen Parteien in Deutschland, Österreich und Frankreich, die das Adjektiv «national» in ihrem Parteinamen führen. – Aber, was heisst eigentlich «nationale ... Partei»? Doch nichts anderes, als dass sie überwiegend die Interessen der eigenen Nation vertritt, national denken, fühlen und handeln will.

Damit aber kommt eine solche Partei ins Kreuzfeuer der Internationalisten; deren Anhänger sich als Zugehörige zum proletarischen, sozialistischen Internationalismus verstehen; und der unbedachten Nachschreiber und böswilligen Verleumder. Damit wird der Politiker, der die Probleme des eigenen Volkes vorrangig lösen will, kriminalisiert. Der Anhänger des **Internationalismus** (heute auch Globalisierer genannt) aber bekommt den Status des Idealisten zugesprochen. Ganz egal welche menschliche Tragödien und gesellschaftliche Katastrophen durch diese internationalistische Gleichmacherei verursacht werden. Nicht zu vergessen ist, dass hinter der internationalistischen Schaumschlägerei oft die brutalsten, materiellen Interessen der stärkeren Mächte versteckt sind. Zu denken ist etwa an Gold und Silber für die Finanzwelt und wichtige Mineralien für die moderne Industrie, sowie Energieträger, Wasser und neuerdings auch Agrarland für das Überleben der modernen Gesellschaft.

Das schwere Erbe des Nationalsozialismus!

Ich verweise auf die kurz gefasste Darstellung über die Entstehung des Nationalsozialismus in Deutschland in meinem im Ju-

ni/Juli 2010 publizierten Aufsatz «Das 20. Jahrhundert – Krimi der Weltgeschichte!» Es ist klar, dass der deutsche Nationalismus – verbunden mit sozialistischen Ideen nur als Ergebnis einer fürchterlichen nationalen Katastrophe und nachfolgend gezieltem Einfluss interessierter – ausserhalb des Landes agierenden Kreise – entstehen konnte.

Seit Jahrzehnten werden nun systematisch die damals aus der Situation heraus entstandenen Generationen angelastet und über hemmungslose Lüge ein Klima der Unterdrückung und des Hasses gezüchtet. Gleichzeitig werden Völker, die den übelsten Nationalismus, ja Rassismus pflegen, für alle Menschenrechtsverletzungen entschuldigt. In der westlichen Welt müssen alle Menschen glauben, ohne dafür jemals einen nachprüfbaren Beweis zu bekommen, dass während der Hitler-Ära sechs Millionen Juden planmässig in Gaskammern ermordet worden seien. Es können doch aber mehr oder weniger gewesen sein. Wer diese Zahl anzweifelt, riskiert mit massiven Haftstrafen belangt zu werden. In Österreich und Deutschland darf auch kein Beweisantrag gestellt werden. Ein Beweisangebot vor Gericht wird sofort als neue Leugnung des Holocaust eingestuft und entsprechend bestraft. An dieser Stelle darf auch an die Auseinandersetzungen um Bischof Williamson erinnert werden, der nicht die Judenverfolgungen in Frage stellte, wohl aber die fixierte Zahl der sechs Millionen. Er ist damit in der Medienwelt in des Teufels Küche gelandet samt dem gegenwärtigen Papst Benedikt.

Anhand zweier Aussagen aus jüngster Zeit ist aufzuzeigen, **was Nationalismus wirklich bedeutet**.

Rabbiner Ovadia Yosef, der Führer der Partei der sephardischen Juden in Israel, dem Koalitionspartner der gegenwärtigen Regierung unter Benjamin Netanyahu erklärte vergangenen Oktober während einer Samstags-Predigt (Zitat):

«*Nichtjuden sind nur auf dieser Welt, um den Juden zu dienen.*» Und «*Die Gojim (Schimpfwort für Nichtjuden) wurden dazu geboren, um uns zu dienen. Sie erfüllen keinen andern Zweck auf dieser Welt, als dem Volk Israel zu dienen.*» (Fortsetzung S. 11)

Anti-TELL-urische Machenschaften (ernste Groteske)

Der lateinische Begriff *tellus* bedeutet Erde; *tellurisch* = erdhaft, der Erde zugehörig.

Tellur ist ein sehr seltenes, meist vierwertiges, metallisch glänzendes Element mit überwiegend nicht-metallischen Eigenschaften, hat Ordnungszahl 52 im periodischen System in der Chemie.

Unsere ernsthafte Beziehung bezieht sich zunächst dem Namen nach auf den Begriff *tell-urisch*, im engeren Sinn soll sie aber auf unseren wehrhaften, mythischen Nationalhelden *Wilhelm TELL* bezogen sein.

Was dabei spasshaft-ironisch anmutet, könnte doch auch – im Gedankensprung – mit durchaus ernstem Hintergrund auf *Wilhelm TELL* hinweisen. Der Leser wird das sehr schnell verstehen.

Nun also: Die ehemalige, wenig erfolgreiche, glücklose und von der CVP herkommende, bundesrätliche «Landesmutter» **Ruth Metzler** hat während ihres recht kurzen Gastspiels in Bern, neben etlichen wenig spektakulären Taten, immerhin eine eigentliche «Meisterleistung» zum Besten gegeben, welche unsern Wilhelm TELL vermutlich heftig im Grabe zu rotieren veranlasst haben könnte. Hat besagte Dame Metzler es doch fertiggebracht, unserm während Hunderten von Jahren **waffentra-**

genden, darob in zahlreichen Erwähnungen mit grossem Lob bedachten Volk, ein unerträgliches, sozusagen «anti»-TELL-urisches, bevormundendes Verdikt zu verpassen und aufzunötigen, dahingehend, dass die Schweizerbürger alle ihre Schusswaffen, ab sofort, nur noch streng observiert, zu Hause aufbewahren, auf keinen Fall aber ausser Haus tragen dürfen. Das vieljährige Vertrauen, das dem Bürger von Exekutive und Legislative entgegengebracht wurde, den disziplinierten Stolz, den er, wie kaum ein anderer Staatsbürger auf der Welt empfinden konnte, hat diese Politikerin unbedacht, sehr wahrscheinlich auf Druck von auswärtiger Seite, als obsolet erklärt und zur Strecke gebracht. Dies Alles in einer Art pazifiko-grüner, EU-konformer, UNO-gemässer Entmannungsgeste, dieweil gefährliche Zuwanderer ihre Waffen ungeniert tragen und in unserem Land unerlaubt benützen und missbräuchlich verwenden «dürfen». Nach diesem unwürdigen Intermezzo der famosen Bundesrätin und unlängst einem ebenso, zum Glück **erfolglosen Versuch**, uns **total** zu entwaffnen (Entwaffnungsinitiative 2010!), hat es nun aber eine weitere «fortschrittliche Stauffacherin», die umtriebige, rührige SP-«Berufsständerrätin»

wege beschritten wurden (Bankenwesen), so sind diese zu verlassen und es ist erneut der Weg der Tugend zu beschreiten.

Noch sind die Schweizer eine Nation und verdienen es, als solche ernst genommen zu werden. Dies auch wenn es im schweizerischen Staatsvolk Elemente gibt, welche den steinigern aber zukunftsicheren Weg der Pflege der nationalen Tugenden nicht mitgehen wollen. Es sind dies Bescheidenheit, Fleiss und Tüchtigkeit, Disziplin und Toleranz, Gesetzestreue und Respekt vor den Mitmenschen. – Auf der politischen Ebene werden diese Tugenden durch die wehrhafte Neutralität, den Föderalismus, das Prinzip der Subsidiarität und die direkt demokratischen Institutionen verkörpert.

Tragen wir Sorge zu unserer Freiheit und zum freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft. Sie bilden den Kern unseres nationalen Selbstverständnisses und «der Staat, das sind wir»!

Valentin J. Oehen, Köniz



Das populäre Feldschiessen – das grösste Schützenfest der Welt!

Anita Fetz aus Basel durchgedrückt, dass die dem Schweizer Wehrmann, nach abgeleistetem jährlichem Militärdienst bisher zu treuen Händen nach Hause mitgegebene Taschenmunition (20 Patronen!) abzunehmen sei, um sie in den Zeughäusern einzulagern. Mit diesem Eingriff in unsere Wehrhoheit und Wehrhaftigkeit sehen wir uns nun einem gefährlichen Zustand gegenüber, der bei Eintreffen eines militärischen Ernstfalles zu schweren Einsatzmisserfolgen für unsere dann munitionslosen, d.h. wehrlosen Soldaten führen müsste. Darf so eine Massnahme der Alt-68erin Anita Fetz fortbestehen? Man müsste entgegnen: **Auf keinen Fall!**

Die amtliche Verfügung des VBS-Departementes, des früheren Militärdepartementes, kann im aktuellen Moment leider nicht rückgängig gemacht werden. Dagegen schlägt der Unterzeichnende nun folgende **praktische Gegenlösung** vor:

Für das schweizerische **Sturmge- wehr 90** gibt es nämlich eine von **Waffenfachleuten** (Büchsenmachern) gutgeheissene **Ersatzmunition** gleichen Kalibers (5,56 mm). Jeder Schweizersoldat kann diese Munition in jedem Waffengeschäft, deren es in der Schweiz zahlreiche gibt, ohne weitere Umstände – der Munitionskauf ist (noch!) frei – für aktuell ungefähr Fr. 19.– käuflich erwerben. In einer Packung befinden sich 20 Patronen, die, zu unserem **Sturmge- wehr 90** passend, auf ca. 75 m genau, auf grössere Distanz etwas streuend sind. Jeder Schweizersoldat sollte sich eine solche Munitionspackung leisten. Zu verlangen ist sie unter der Bezeichnung **Remington 223** (55 grains).

Man sollte sie vorsorglich als stille Reserve aufbewahren. Es wäre nämlich durchaus möglich, dass bei Gebrauch dieser Munition im Schiessstand eventuelle juristische Einwände vorgebracht werden könnten.

Mit dieser – unserer **Gegenmassnahme** – könnte aber dem perfiden **Entwaffnungsversuch** des ehemaligen Mitgliedes der Progressiven Organisationen (POB), Anita Fetz, ein Riegel vorgeschoben werden...

Theo Häusermann, Basel

PS: Ob wir mit der Taschenmunition unseren Teil dazu beitragen können, die Schweiz gegebenenfalls auch wehrhaft zu verteidigen – wenn in Bern oben Pazifisten regieren – ist eine ganz andere Frage!

Die Schweizer...

Fortsetzung von Seite 10

Der Präsident der Türkei, Erdovan verkündete vor zwei Jahren vor «seinen Türken» in Belgien:

«Integration ist ein Verrat – also lehnt diese ab.» Und «Wir sind nach Europa gekommen, um dieses zu besiegen. Unsere Moscheen sind unsere Kasernen; die Kuppeln sind unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette!»

Nationalismus = übersteigerter Patriotismus! – unter Missachtung der Rechte und Werte anderer Völker!

Wir dürfen feststellen, dass das Schweizervolk dieser Irrlehre nie angehangen ist. Der jahrhundertlange Kampf um die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung, der (erzwungene) Verzicht auf koloniale Ausbeutung und das verinnerlichte Wissen um die Notwendigkeit eigener Leistungen haben tiefe Spuren der Bescheidenheit und des Leistungswillens in unserem Volke hinterlassen.

Wenn in gewissen Wirtschaftssektoren in den letzten 20 Jahren Irr-

Zum Nachdenken

...die Erdbevölkerung wächst rasant weiter und nähert sich der 8-Milliarden-Grenze. Damit wächst zwangsläufig der Bedarf an Lebensmitteln, Trinkwasser und Energieträgern. Während über die bereits heute akute Verknappung von Trinkwasser sehr viel geschrieben (und deswegen gekämpft wird: siehe Israel und die arabischen Nachbarländer; siehe auch Libyen mit seinen riesigen Süswasservorräten unter der Sahara), sind die Energieträger seit Generationen zentrale Elemente in den Machtkämpfen zur Weltbeherrschung. Eher erstaunlich ist, dass bis heute die drohende Verknappung einzelner Kernnährstoffe, insbesondere des Phosphors kaum ins Bewusstsein der Völker gedrungen ist. Und

doch hängt gerade von diesem Kernnährstoff die Versorgungslage für Lebensmittel in den kommenden Jahrzehnten in entscheidender Weise ab.

Einmal mehr wird mit dem Prinzip Hoffnung spekuliert; der Hoffnung nämlich, dass es der Wissenschaft in den kommenden Jahren gelingen möge, eine Methode zu finden, welche die Rückgewinnung des Phosphors aus dem Meerwasser, wo es in extrem verdünnter Form natürlicherweise immer vorhanden ist, ermöglichen werde.

...immer wieder erreichen uns Meldungen, dass die Übergewichtigkeit in unseren Gesellschaften zu einem zusehends kostspielige-

Fortsetzung Seite 12

Zum Nachdenken

Fortsetzung von Seite 11

ren Gesundheitsproblem werde. Es ist damit offensichtlich, dass etwas mit den Ernährungsgewohnheiten – verbunden mit der Bewegungsarmut, nicht mehr stimmt. Forscht man nach, kommen drei schlimme Tatsachen zum Vorschein:

1.) Die immer mehr sich ausbreitende Fertigmkost (Fastfood) ist allgemein zu zuckerreich (Kohlenhydratüberschuss) und mit vielen fragwürdigen Zugaben haltbarer gemacht, geschönt und inhaltsstofflich betrügerisch verändert.

2.) Bereits werden in grossem Stil Nanopartikel in Verpackung und den Lebensmitteln selbst eingeführt, obwohl noch niemand weiss, wie bedenklich oder unbedenklich diese Stoffe für unsere Gesundheit sind.

3.) Die Grenzwerte bezüglich radioaktiver Stoffe, Pestizid-Rückständen und mineralischen Spuren werden von den Gesundheitsbehörden immer wieder entsprechend der technischen Standards der Produzenten und nicht nach der Schutzbedürftigkeit der Konsumenten festgelegt.

Nach einer publizierten Untersuchung sollen mehr als 50% der in einer durchschnittlichen Lebensmittelabteilung eines Supermarktes angebotenen Lebensmittel aus künstlich hergestellten Stoffen und Substraten bestehen:

Prost Mahlzeit!

Der Ausweg für uns Konsumenten besteht im ausschliesslichen Verzehr von Obst, Gemüse, frischem Fleisch und Milchprodukten, wobei saisonale Produkte aus der eigenen Region zu bevorzugen sind. Zu Weihnachten Erdbeeren aus Israel oder zum Geburtstagsfest im Juli angeblich frische Crevetten aus dem südlichen Pazifik sind nicht gerade glaubwürdige Varianten einer gesunden Ernährung.

...und noch einige Hinweise zur Radioaktivität: Wie bei der Katastrophe von Tschernobyl gelangen jetzt auch in Fukushima radioaktives Uran und sogar das höchstgiftige Plutonium in die Umwelt. Die betroffenen Gebiete und das Meerwasser sind damit auf Jahrtausende hinaus belastet und für organisches Leben (Mensch, Tier, Pflanzen) verloren. Daneben werden über grosse Gebiete dieser Erde leicht flüchtige Substanzen verbreitet und tragen zur Absenkung der Lebensqualität markant bei. Zu denken ist an die Radionuklide wie *Cäsium-137*, *Cäsium-134* und *Jod-131*. Radioaktives Jod wird vom Körper aus der Nahrung, aber auch aus der Atemluft aufgenommen

und reichert sich dann in der Schilddrüse an. Dort zerfällt es weiter und schädigt durch dabei frei werdende Strahlung das Gewebe. Cäsium reichert sich in Organen, Muskeln und Nervenzellen an, wo es weiter zerfällt. Es strahlt bis zu 30 Jahre und seine Strahlung schädigt die Zellkerne. Viele geschädigte Zellen sterben einfach ab; andere leben mit veränderter Erbinformation weiter und sind dann für wuchernde Tumore verantwortlich. Gegen diese Entwicklungen gibt es keine Medikamente – einmal in der Nahrungskette ist alles organische Leben dieser schädigenden Einflüsse des Cäsiums 137 resp. 134 hilflos ausgeliefert. Mit diesem Hintergrund-Wissen ist die Diskussion um den Ausstieg aus der Atomkraft schwer verdaulich.

Gilt doch einfach die Tatsache, dass ein System mit einer derart hohen Gefahrenpotenzial nur bei Vorhandensein einer 100% sicheren Technik und von vollkommenen Menschen (ohne jede Fehlermöglichkeit!) bedient, genutzt werden dürfte.

Das allerdings war schon zu Beginn des Atomzeitalters, resp. 1970 klar; aber zu sehr dominierten die wirtschaftlichen Interessen (lies: Aussicht auf riesige Gewinne!). Ob die Katastrophe von Fukushima genügt, um die Umkehr zu verantwortungsvollem Handeln durch die Führungsschicht, wird sich erst noch weisen müssen.

...für uns kleine Leute ist der Tanz mit den Milliarden, welcher durch den IWR, die Weltbank, die Führungsscrew der EU, die Finanzminister und die Investment-Banker aufgeführt wird, schlicht nicht mehr zu begreifen. Was die USA mit ihrer – zugegebenermassen – nicht mehr rückzahlmöglichen Verschuldung vorspielt, ist einfach kriminell. Über eine Hyperinflation und Kriegen sollen die Schulden abgebaut werden.

Bezahlen wird der kleine Mann, während gewisse Kreise auch diese Krise auszunützen wissen, um in den Besitz von noch grösseren realen Werten wie Agrarland, Bodenschätzen (Minen), Industrieanlagen, Infrastrukturbauten usw. zu kommen.

Man sage nicht, niemand wisse, was noch auf uns zukommt!

– Wieso empfiehlt die EU-Führung ihren höchstbezahlten Mitarbeitern, ihr Geld soweit möglich in Edelmetallen anzulegen?

– Wieso haben die Schweizer Investment-Banken in Singapur einen – angeblich den sichersten Tresor der Welt – gemietet, damit ihre bestbetuchten Kunden (das

sind nur die Milliardäre!) dort ihren eigenen und jederzeit zugänglichen Safe bekommen, in welchem sie ihre Gold- und andere Wertsachen lagern können.

– Wieso flüchten sich die Amerikaner in Silber-Dollars, sodass die US-Regierung beschlossen hat, diese in Zukunft aus Kupfer-Nickel-Legierung herzustellen?

– Wieso verliert der Dollar andauernd an Wert? Heute ist er noch 89 Rappen wert! Und der Gold- und Silberpreis steigt rasant an usw. usf.

Der Wirtschaftswissenschaftler Mario von Cranach sagt es klipp und klar: (Zitat) *Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist zu grossen Teilen auf gravierende Systemfehler der globalen Finanzwirtschaft zurückzuführen; diese erst gaben der Verantwortungslosigkeit und der Erfolgsideologie, dem Leichtsinns und den Irrtümern, dem moralischen Fehlverhalten und der kriminellen Energie mancher «Player» im allzu freien Markt den*

Spielraum, weltweiten Schaden anzurichten. Warnende Stimmen wurden lächerlich gemacht.

Dass noch immer nicht die Konsequenzen gezogen werden, beweisen

– die Ablehnung des Parlamentes, die Beschränkung der Löhne und Boni zu verfügen;

– die gefährliche Ausweitung der Geldmenge durch die Zentralbanken (inkl. der SNB);

– die Weigerung, das «To-big-to-fail»-Problem rasch und wirksam zu lösen;

– ernsthaft das Problem des Wachstumszwanges anzugehen, obwohl jeder Primarschüler weiss, dass es in einem begrenzten Raum, wie die Erde es nun mal ist, kein Dauerwachstum auf irgendeinem materiellen Gebiete geben kann.

Die nächste Krise kommt bestimmt – das wissen alle Wirtschaftsführer – deshalb versuchen sie vor allem ihr eigenes Fell ins Trockene zu bringen!

Tino Giacomo

Schengen-Desaster

BHB. Die Mitgliedschaft im Schengenraum kostet die Schweiz ein Mehrfaches dessen, was der Bundesrat zum Zeitpunkt der Volksabstimmung behauptet hat. Bedenklich ist auch, dass der Bundesrat diese Information der Öffentlichkeit offenbar vorenthalten wollte. Damit wird die Bilanz von Schengen immer negativer. Im Verlauf des Monats Mai haben verschiedene Staaten (u.a. Dänemark und Frankreich) aufgrund des Zustroms von Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika bereits erste Schritte zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen eingeleitet.

Ein internes Papier des Bundes zeigt offenbar, dass der Schengen-Vertrag bis Ende 2010 Mehrausgaben von 120 Millionen Franken nach sich gezogen hat. In den kommenden vier Jahren rechnet das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement mit zusätzlichen Mehrkosten von 140 Millionen Franken. Schon während des Schengen-Abstimmungskampfes haben die Schweizer Demokraten (SD) auf die massiven Mehrkosten hingewiesen. Weitere Probleme mit Schengen sind eklatant. Seit dem Beitritt zu Schengen sind deutlich mehr illegale Einwanderer und Kriminaltouristen in unser Land gekommen. Das bestätigen auch diverse kantonale Polizeistatistiken. Die Schengen-Aussen-

grenze ist so gut wie unschützenswert. Das Fahndungssystem SIS macht den Behörden seit Jahren Probleme, weist erhebliche Mängel auf, ist veraltet und die dringend nötige Modernisierung des Systems kommt nicht voran. Gleichzeitig haben sich die Kosten dieses Systems verzehnfacht. Weiter sprach der Bundesrat davon, dass durch die gemeinsame Visapolitik im Schengenraum alle Visa nach einheitlichen Kriterien erteilt und die Gesuche eingehend geprüft würden. Tatsache ist, dass unsere Ausländerbehörden immer mehr Personen mit falschen Schengen-Papieren aufgreifen.

Der Zustrom von Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika zeigt zudem deutlich, dass Schengen ein Schönwetter-Projekt ist, das keiner Krise standhält. Wenn man also Bilanz zieht, dann ist das Fazit klar: Die Schweiz muss ihre Grenzen wieder selbst kontrollieren, ebenso die Visa-Vergabe.

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!



Eric Stauffer réélu pour une année à la présidence

Le Mouvement Citoyens s'étend à l'Europe

Le Mouvement Citoyens Genevois (MCG) a tenu son assemblée générale annuelle au Lignon vendredi 13 mai. De nombreux membres du MCG et des invités ont pris part à cette soirée qui a connu des moments forts. Eric Stauffer a été réélu président pour un mandat par acclamation, ainsi que les quatre vice-présidents: Roger Golay, Mauro Poggia, Pascal Spuhler, Carlos Medeiros. C'est également par acclamation qu'ont été reconduits les membres du Bureau



directeur Soli Pardo, Jean-François Girardet et David Giollo. Lors de cette assemblée étaient également présents, en tant qu'invités, des membres du Mouvement Citoyens de Savoie (MCSE), nouvellement fondé. Comme le Mouvement Citoyens Romand, le Mouvement Citoyens de Savoie se préoccup

pe de la défense des résidents de notre région, dans laquelle font irruption des personnes venant des quatre coins de l'Union européenne. Le MCG ne peut que se féliciter de ces préoccupations pour que la priorité aux résidents soit partagée de l'autre côté de la frontière. Cela préfigure un Mouvement Citoyen qui s'étend non seulement en Suisse mais surtout l'Arc alpin, puisqu'un Mouvement Citoyen valdotain est en cours de constitution. Ainsi, sur le modèle fé-

déral suisse, se constitue un Mouvement Citoyen européen, dont chacune des entités partage des valeurs communes sans se fondre dans un tout réducteur.

Le modèle du MCG s'adapte non seulement à la Suisse romande mais à toutes les régions d'Europe dans lesquelles les droits des résidents sont menacés.

*Carlos Medeiros, vice-président du MCG
Soli Pardo, membre du
Bureau directeur du MCG*

Planète déchirée

MdS. Y a-t-il dans le cosmos infini une autre planète aussi malmenée et déchirée par ses habitants que la Terre? À l'autre jour en filmant à tour de rôle plusieurs pays pour souligner leur mode de vie, leurs paysages et le côté culturel de leur civilisation, a en fait ouvert une fenêtre sur la violence humaine qui se cache au cœur de peuples malmenés par l'histoire politique insensée de quelques individus rongés par le pouvoir, l'amour de l'argent ou l'illusion d'être investis d'une mission. Je me suis rendu compte des immenses trous mitant mes connaissances générales influençant le mode de vie de chacun de nous et cela m'a inspiré un relevé succinct des aberrations qui perdurent à la face d'un monde aveugle et sourd.

1. L'Ulster partagée par une clôture balafant les rues et jardins entre protestants et catholiques, la hargne des uns contre les autres, l'IRA.
2. La Belgique partagée entre Flamands et Wallons, idées de gauche contre idées de droite, gouvernement chancelant.
3. La Tchétchénie toujours sous le régime de la terreur soviétique russifiée, les maisons détruites, les citoyens arrêtés et torturés.
4. L'Ukraine sous la pression énergétique des Russes qui s'ingénient à la destabiliser.
5. Le Tibet ravagé par des soldats robotisés par la propagande communiste chinoise dont les moines font les frais.
6. Le Sri Lanka occupé par les troupes des Tigres Tamouls voulant s'approprier par la force la partie nord de l'île en tuant les paysans.
7. Le Bangladesh abandonné à son

sort de pays qui va disparaître dans la mer qui monte.

8. L'Inde partagée par des murs épais entre les intouchables et les VIP riches, les pauvres victimes de leur caste.

9. Chypre, partagée par un mur à Nicosie contre les envahisseurs turcs qui ont chassés env. 200'000 habitants de leurs terres et de leurs maisons, les reléguant vers le sud de l'île.

10. La Birmanie où la population est prise en otage par une bande de militaires tuant ceux qui rechignent à baisser la tête en signe de soumission.

11. Le Liban occupé par le Hezbollah proche de la Syrie, semant des mines anti personnel tout en accusant les maronites d'être les auteurs de guerre.

12. La bande de Gaza, vaste camp de prisonniers palestiniens torturés et affamés par Israël.

13. L'Iraq sous occupation Américaine.

14. L'Afghanistan bombardé et ravagé par les Talibans.

15. Le Pakistan infiltré et rongé par les terroristes musulmans talibans.

16. Le Kosowo albanisé par des filières mafieuses en guerre larvée contre ses voisins, en premier la Serbie.

17. L'Espagne angoissée par de possibles attaques terroristes de l'ETA basque.

18. Le Mexique assassinant les femmes et rejetant ses citoyens qui s'emfuient malgré les barbelés étatsuniens.

19. La Colombie en guerre pour exporter sa cocaïne, et garder ses otages détenus par les FARC.

20. Les Sarahouis en guerre au Sahara.

21. Les malheureuses victimes chrétiennes des musulmans Soudanais au Darfour.

Et presque tous les pays d'Afrique en guerre perpétuellement à cause d'un sous sol très riche recouvrant une surface très aride, convoitée par tous les requins de la planète. Et je suis

sûre d'avoir omis de citer tous les conflits disséminés par-tout, là où il y a le genre humain. A se demander jusqu'à quand cette planète bleue, perdue dans l'infini d'un cosmos indifférent qui vit sa vie, va tenir une place intelligente mais jamais pacifique dans cette immensité?

Délinquance de France voisine: soyez les bienvenus!

C'est ainsi que les délinquants de «France voisine» ont dû comprendre le message du Procureur général, Daniel Zappelli, dévoilé dans *Le Matin* de ce jour. Ainsi, les lecteurs de ce quotidien ont pu lire dans la directive adressée par le Procureur général à la police genevoise, que le risque de fuite ne saurait être retenu pour le maintien en détention des personnes domiciliées «en France voisine» arrêtées à la suite de la commission d'un délit (vol, cambriolage ou ivresse au volant avec blessés par exemple)!

En effet, faute de «gravité» suffisante de l'infraction, s'il n'y a pas de risque de récidive au motif que la personne interpellée serait connue des services de police pour des faits similaires, rien ne justifierait son incarcération avant jugement, et il serait également inutile d'interpeller immédiatement le Ministère public, déjà surchargé...

Le risque de fuite serait non seulement absent pour une personne dont le domicile serait connu en Suisse, mais également en France voisine. On croit rêver. Ainsi, un voyou en provenance de France, et profitant de l'ouverture des frontières, qui se ferait interpellé suite à des cambriolages, pourrait, à condition de ne s'être

jamais fait pincer avant, repartir tranquillement chez lui en attendant une convocation...

Sachant que la France, comme la Suisse d'ailleurs, n'extrade pas ses ressortissants, autant dire qu'on ne le reverra plus. Si le but est de vider Champ-Dollon pour faire croire que la politique de Madame Isabel RoCHAT en matière de sécurité porte ses fruits, et de décharger du même coup les services du Procureur général, autant organiser une journée portes ouvertes, tant pour la prison que pour le canton tout entier. Ce type de message n'est autre qu'un appel bien maladroit à la criminalité étrangère, dont Genève souffre déjà cruellement, et qui préférera d'autant plus prendre le risque de commettre des délits en Suisse plutôt qu'en France, où la répression est bien plus sévère. Le Mouvement Citoyens genevois, à l'heure de la nécessité d'une politique efficace et dissuasive contre la délinquance, ne peut que déplorer ce type de communication, et comprend les forces de police, qui ne peuvent que perdre leur motivation en étant contraintes de libérer les voyous qu'elles parviennent à arrêter.

*Eric Stauffer, président du MCG
Mauro Poggia, vice-président du MCG*

Konsequent gegen falsche Flüchtlinge!

Die Situation im Asylbereich ist für die Schweizer Demokraten (SD) in höchstem Masse unbefriedigend. Die Verfahrensdauer für die Behandlung von Asylgesuchen dauert viel zu lange. Längst bekannte Missstände wie der Umgang mit Dienstverweigerern und Deserteuren aus Eritrea werden nicht angepackt. Im Zusammenhang mit Wirtschaftsmigranten aus Nordafrika zeigt sich zudem das Versagen der Abkommen von Schengen/Dublin. Statt eigenständige Grenzkontrollen wieder einzuführen, sendet die Schweiz mit der Bereitstellung von Infrastrukturen und der Ankündigung von grosszügigen Rückkehrhilfen (gemäss «Der Sonntag» sollen bis zu Fr. 5000.– bezahlt werden) falsche Signale an Migranten und Schlepper aus. Dieser Zustand kann aus Sicht der SD nicht länger hingenommen werden. Sie fordern deshalb umgehend folgende Massnahmen:

- Eine konsequente Durchsetzung des Asylgesetzes;
- Die massive Beschleunigung der Asylverfahren, Einschränkung der Rechtsmittel, Schluss mit grosszügiger finanzieller Rückkehrhilfe;
- Verschärfte Kontrollen im Grenzraum, v.a. im Süden der Schweiz; Grenzschutzkorps nötigenfalls durch Militär unterstützen; Kontrollen in den Zügen aus dem Süden massiv erhöhen;
- Die rasche Rückführung von Leuten, die im Grenzraum aufgegriffen werden;
- Leute, die dennoch in die Schweiz gelangt sind, sind nicht auf die Kantone und Gemeinden zu verteilen, sondern sofort den Empfangs- und Verfahrenszentren EVZ des Bundes zuzuführen und dort rasch und abschliessend auf ihre Flüchtlingseigenschaft zu überprüfen;
- Der Zustrom von Militärdienstverweigerern v.a. aus Eritrea ist mittels dringlichem Bundesbeschluss zu stoppen.

Materie» nicht verletzt. (...) Wenn aber allzu viele Juristen/Richter, die gleiche Initiative zu beurteilen haben, gibt es schlussendlich ein wirres und ebenso absurdes Meinungschaos. Leidtragende sind die Leute vom Initiativkomitee, welche man völlig verunsichern will, um diese auf perfide Art und Weise dazu zu bewegen, ihr Anliegen zurückzuziehen. So wird im Hintergrund versucht,

lästige Instrumente der Direkten Demokratie (Initiative und Referendum) Schritt für Schritt zu demontieren bzw. unattraktiv zu machen. Fazit: Wir brauchen kein Verfassungsgericht wie in Deutschland, wo die Menschen weitgehend mundtot gemacht wurden, höchstens noch ihre Parlamentsvertretung wählen dürfen und dazu hohe Steuern bezahlen.

Marcus Stoercklé jun., Basel

Der Fall Baris

Baris, ein 25 Jahre alter, in der Schweiz geborener Secondo türkischer Nationalität wurde des Landes verwiesen. Schon mit 13 Jahren beging er seinen ersten Raubüberfall. Weitere Gewaltdelikte folgten. Zweieinhalb Jahre verbrachte er in einem Erziehungsheim. Als 20-Jähriger wurde er wegen schwerer Körperverletzung zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von 15 Monaten verurteilt, mehrmals verlor er seine Arbeitsstelle, warum wohl? Er wurde erneut straffällig, was zu seiner Ausweisung führte. Baris kritisierte den Ausweisungsentscheid im Rahmen einer TV-Sendung. Einige seiner Äusserungen konnten ihm jedoch an Ort und Stelle als unwahr wi-

derlegt werden. Es trifft zu, dass seine Zukunft in der Türkei nicht eben rosig ist. Andererseits – und das ist der springende Punkt – was empfanden die Opfer seiner Raubtaten? Was hat Baris unserem Land anderes gebracht als Leid und Kosten? Ist nicht der Schutz unserer Bevölkerung sehr viel höher einzustufen als das Wohlbefinden rückfälliger Gewalttäter? Es ist nur zu hoffen, dass viele gewaltbereite Ausländer Kenntnis von Baris' Ausweisung haben und sich deshalb vor kriminellen Aktivitäten hüten. Weil sie sich sonst in ihren Heimatländern mit wesentlich schlechteren Lebensbedingungen abfinden müssen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Leserbriefe

Direkte Demokratie = kein Schreckgespenst!

Heribert Prantl, Redaktor und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, redet im Beitrag der Basler Zeitung (Ausgabe 12. Mai 2011) despektierlich davon, «es gehe in Europa ein Gespenst um, welches aus der Schweiz komme». Gemeint ist die Direkte Demokratie. Man fragt sich unweigerlich, ob damals das «Gespenst» des Nationalsozialismus in Deutschland nicht um ein Vielfaches destruktiver gewesen sein muss?...

Herr Prantl bemängelt, dass wir in der Schweiz kein Verfassungsgericht haben, welches Volksentscheide «korrigiert». Dies würde dann meist dazu führen, dass Volksentscheide einfach aufgehoben, oder in ihrem Wortlaut nicht umgesetzt werden. Doch wollen wir das überhaupt? Das Resultat wäre eindeutig: Die Stimmberechtigten kapitulieren frustriert und stellen verärgert die Frage, nach dem Sinn ihres Urnenganges. Dabei hilft das Mitentscheiden bei Sachgeschäften per Stimmzettel auch Krieg und Konflikte im eigenen Land zu verhindern!

Ein neues juristisches Instrument zur Unterjochung der Schweizer Bevölkerung ist überholt und gehört in die Mottenkiste des Mittelalters!

Wenn Herr Prantl behauptet, der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg fungiere de facto als schweizerisches Verfassungsgericht, so ist das ungeheuerlich und anmassend.

Aufgrund eines historischen Exkurses, entdecken wir erstaunliche Parallelen:

Im Schwabenkrieg von 1499 wurden die Eidgenossen durch Kaiser Maximilian gezwungen, fremdes Recht, nämlich das sogenannte Reichskammergericht und dessen Entscheide zu anerkennen, verbunden mit der Verpflichtung zur Abgabe einer Kriegssteuer, dem Reichspfennig.

Die Eidgenossen reagierten damals mutig und verweigerten den Gehorsam. Nach einer weiteren Phase der versuchten Unterwerfung der Eidgenossen durch Regenten süddeutscher Städte und Fürsten, gingen diese durch Beharrlichkeit in der Schlacht bei Dornach (nahe Basel) als Freiheitssieger gegen das Deutsche Reich hervor.

Durch die Schaffung eines Verfassungsgerichtes, würde es Initianten unnötig erschwert, ihr demokratisches Recht wahrzunehmen und in die Tat umzusetzen. Dabei wird bereits heute schon, bei jeder neu lancierten Volksinitiative überprüft, ob diese die «Einheit der

Verbot den Bilderbergern!

Nachdem letztes Jahr das Bilderberger-Treffen stattgefunden hatte, las ich einen Artikel im «Schweizer Demokrat» und freute mich darüber, dass endlich über die Clique der reichsten, wirtschaftlich und politisch mächtigsten und einflussreichsten Männer geschrieben wird. Umso mehr freute es mich, als ich ihren Artikel über das bevorstehende Geheimgespräch in St. Moritz gelesen habe! Dies zeigt mir, dass die Arbeit von den wahrheitsliebenden Journalisten durch ihr beharrliches Dranbleiben, Früchte trägt. Lange Zeit hat man sie als «Verschwörungstheoretiker» abgetan, doch dies ist nun endgültig vorbei! Die Öffentlichkeit ist aufmerksam geworden und die Bilderberger geraten zunehmend unter Druck. An dem letztjährigen Treffen waren nicht nur die alternativen Berichtersteller besonders zahlreich zugegen, sondern in auffallender Weise nun auch einige etablierte Medien – ein absolutes Novum! Es tut sich also was. Dies finde ich wichtig, denn wir Bürger wollen doch wissen, was diese mächtigsten Männer hinter verschlossenen Türen besprechen. Vor allem wenn es um Dinge geht, die jeden einzelnen

von uns betreffen. Wenn zum Beispiel ein Bill Gates laut interner Quellen beim letztjährigen Treffen über Bevölkerungskontrolle mittels Impfstoffen und Sterilisierung durch Ultraschall gesprochen hat, dann sollte uns dies aufhorchen lassen. Solche Aussagen sind äusserst beängstigend und man beginnt sich zu fragen, was sie uns sonst noch alles unter einem humanitären Deckmantel verkaufen wollen.

Der Bilderberger ultimatives Ziel ist es, einen einzigen globalisierten Marktplatz zu schaffen, welcher von einer Weltregierung verwaltet wird. Diese Weltregierung beherrscht auch die Gerichte, Schulen, die Lesegewohnheiten der Menschen und selbst ihre Gedanken.

Dies wird geschehen, wenn nicht wir, das Volk der freien Welt (oder was davon noch übrig ist) uns erheben, um unsere nationalen Ideale zu verteidigen.

Es würde unserem Lande wohl anstehen, dieses Bilderberger-Treffen, an dem menschenverachtende Pläne unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschmiedet werden, zu verbieten.

Martin Bracher, Büsserach

Auszüge aus der Rede von Rudolf Keller

Die von Rudolf Keller an der St.Galler Hauptversammlung, an der SD-Weiterbildungstagung und an der Zürcher Nationalrats-Nominationsversammlung gehaltene Rede ist bei unseren Leuten auf ein äusserst positives Echo gestossen.

Rudolf Keller zum politischen Kampf

Wir sind da, um zu kämpfen für Volk und Heimat, für die Erhaltung unseres Landes in grösstmöglicher Freiheit und Unabhängigkeit. Das muss der Hauptantrieb sein, um Politik zu machen. Und wenn man ein solches Ziel hat, spielt es keine Rolle, ob man in einem Parlament Einsitz hat oder nicht. Schon alleine das Ziel lohnt den Kampf!

Zur Organisation der Partei

Eidgenössisch machen wir momentan einen Neuanfang. Organisatorisch beginnen wir nicht bei Null. Denn die schweizerische Partei und einige Kantonalparteien sind gut organisiert. Allerdings werden wir deren Organisation noch verbessern müssen. Und dort, wo wir keine funktionierenden Kantonalparteien haben, gilt es einen Neuaufbau zu machen. Es steht uns also auf dieser organisatorischen Ebene einiges an Arbeit bevor.

Zu den internen Umgangsformen

Wir wollen unsere Sitzungen und Versammlungen immer in einem positiven Geist miteinander durchführen. Persönliche Angriffe gegen andere haben da keinen Platz. Und wir wollen uns in unserer Arbeit und in unseren Ansichten gegenseitig stärken. Miteinander arbeiten, aber auch miteinander lachen – nur so kommt am Ende eine gute Arbeit heraus. Als kleine Oppositionspartei müssen wir bedingungslos kollegial zusammenarbeiten. Wer das nicht will oder

kann, ist illoyal gegenüber unserer SD-Gemeinschaft und soll die Partei verlassen. Jeder und jede Anwesende muss sich dessen bewusst sein. Ich nehme mich davon nicht aus. Es gilt jetzt, einen Aufbruch in positiver Stimmigkeit zu machen.

Zum SD-Programm

In den letzten Jahren haben wir das SD-Programm schlecht, ja miserabel umgesetzt. Das muss ändern. Wer nicht bereit ist, neben einer national-konservativen Politik auch eine ökologisch-umweltbewusste und eine soziale Politik zu machen, ist bei uns fehl am Platz. Nur wenn wir diese früher während Jahren erfolgreich umgesetzte Parteilinie wieder aufnehmen und durchziehen, werden wir künftig auf Erfolgskurs kommen. Daran müssen wir nun als Oppositionspartei hart arbeiten. Deshalb werden wir an der Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2011 die ökologisch-grüne Grundsatzklärung von 1971 wieder erneuern. Zudem verabschieden wir ein Programm gegen den Polit-Filz in unserem Lande. Und nach den Nationalratswahlen werden wir zusammen ein Sozialprogramm erarbeiten.

Wie sind wir politisch positioniert?

Das einfache links-rechts-Schema ist vorbei. Unter www.smartvote.ch stellt man anhand von Antworten unserer SD-Kandidierenden auf politische Fragen fest, dass wir eben nicht links und nicht rechts positioniert sind. Smartvote.ch hat ein Kreuz mit vier Pfeilen. Nach links, nach rechts, nach unten und nach oben. Links auf diesen Achsen sind die SP und die Grünen, in der Mitte tummeln sich die CVP, BDP und EVP und rechts (teils in der Mitte) auf der Achse ist die FDP und fast schon rechtsextrem die SVP. Dann sind auf

der Achse gegen oben die Grünliberalen und einige CVP und Freisinnige – das ist der liberale Pol. Und von der Mitte an abwärts ist der konservative Pol, das sind wir Schweizer Demokraten und die EDU. Wir stehen also nicht rechts, das sind andere. **Unsere politische Linie ist demzufolge nicht links nicht rechts – sie heisst Schweiz zuerst, eine nationale, ökologische und soziale Politik. Genauso wie es die erfolgreiche Lega dei Ticinesi, das Westschweizer Mouvement des Citoyens, der Front National in Frankreich und die Freiheitlichen in Österreich mit Riesenerfolg machen!** Und unser Ziel für 2015 muss heissen, eine starke Nationalratsfraktion mit SD, Lega und dem Mouvement des Citoyens!

Wer eine simple bürgerliche Politik machen will, ist bei uns fehl am Platz. Und wir müssen unser politisches SD-Profil als Opposition wieder schärfen, um Erfolg zu haben. Das heisst auch Abgrenzung zu allen grossen Parteien – keine Listenverbindungen mit grossen Parteien und auch keine Fraktionsgemeinschaften mit grossen Parteien.

Unsere soziale Positionierung

Fast all unsere Mitglieder sind Klein- oder Mittelverdiener oder haben eine kleine Rente. Also ist es nur logisch, dass wir im Sozialbereich für die Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten eintreten. Es liegt darum in unserem ureigensten Interesse für unsere sozialen Forderungen und Rechte einzustehen. Wir sind sozial, aber nicht sozialistisch und für eidgenössische Solidarität. Die Leute, die uns wählen sind auf den automatischen Teuerungsausgleich angewiesen (das lehnt die SVP ab!). Auch brauchen unsere Leute die Teuerung auf der AHV. Wir haben deshalb bei der Volksabstimmung vor einem halben Jahr auch die Kürzung unserer Pensionskassenrenten bekämpft (die SVP war für diese Kürzungen!). Auch der Mieterschutz ist uns wichtig, weil die meisten Leute von uns in Mietwohnungen wohnen (die SVP ist gegen Mieterschutz!). Dabei haben wir aber ganz und gar nichts gegen Hausbesitzer. Die sozialistische Bundesrätin Ruth Dreifuss versprach uns sinkende Krankenkassenprämien – das Gegenteil ist eingetroffen. Man zahlt heute doppelt so viel für die Krankenkasse wie vor 15 Jahren. Wir werden also in der sozialen Frage sowohl von den Bürgerlichen als auch von den Linken übers Ohr gehauen!

Die Überbevölkerung und Einwanderung bekämpfen

Es gibt viel zu tun. Als Heimatpartei

gegen Multi-Kulti lancieren wir in diesen Tagen unsere neue Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung. Unser Land wird von Menschen regelrecht überrollt. Und unsere Heimat ist überbevölkert. Es müssen dringend Massnahmen dagegen ergriffen werden. Der SD-Initiativtext ist aber im Gegensatz zu dem der Organisation ECO-POP sehr einfach und ohne Zahlen gehalten. Und der Initiativtext der SVP ist viel zu kompliziert und nur mit einer riesengrossen Bürokratie überhaupt umzusetzen. **Wir Schweizer Demokraten werden wieder die Themenführerschaft bei der Einwanderungsbekämpfung übernehmen.** Denn wir haben ganz einfach genug von den unhaltbaren Zuständen in unserem Lande. Alle von uns werden von der ersten Stunde an Unterschriften sammeln helfen.

Für den Vorrang der Einheimischen!

Und wir fordern als wirklich einzige Partei den absoluten Vorrang der Einheimischen Kinder an unseren Schulen. Für sie ist mehr zu tun. Man darf nicht immer vor den Einwanderern auf die Knie gehen und so unser Schulniveau laufend senken. Am Arbeitsplatz und bei der Wohnungsvergabe – auch dort wollen wir wieder den Vorrang der Einheimischen. Bei gleicher Qualifikation am Arbeitsplatz müssen zuerst Einheimische berücksichtigt werden. Das Multi-Kulti, das übrigens nicht nur die Linken, sondern auch die Bürgerlichen und die Wirtschaft fördern, schadet uns und unsern Kindern. Es vernichtet unsere Zukunft und zerstört unsere Schweizer Kultur.

SD ist Anti-Beton-Partei

Wir wehren uns dagegen, dass immer mehr wertvolles Kulturland unter Beton verschwindet. Wohl nicht weil wir Einheimischen sehr viele Kinder auf die Welt stellen, sondern weil es eine ungebremste Einwanderung gibt! Auch der Ausverkauf der Heimat ist wichtig. Den gilt es im Interesse der Erhaltung unserer Bergregionen und zur Förderung eines gesunden Tourismus zu bekämpfen. Wir wollen nicht, dass immer noch mehr Land und Liegenschaften in die Hände von reichen Ausländern fallen. Und wir wollen auch nicht, dass ausländische Bonzen weniger Steuern bezahlen müssen als unsere einheimischen Reichen (die SVP ist aber für Steuererleichterungen von reichen Ausländern!). Klar, die SVP ist auch eine Wirtschaftspartei, die für immer mehr Wachstum eintritt – im Gegensatz zu uns. Es ist unser Ziel, dafür zu kämpfen, dass möglichst wenig Kulturland unter Beton verschwindet.

Wussten Sie, dass...

...es neben der brandgefährlichen Kernspaltungstechnik auf der Basis von Uran 238 und den Brennstäben mit dem ungelösten (unlöslichen!) Abfall-Beseitigungsproblem noch eine ganz andere Technologie gibt, die vermutlich zu Unrecht und zu unserem grossen Nachteil 1986 vom Präsidenten Johannes Rau von Nordrhein-Westfalen «versenkt» wurde.

...die sogenannte Kugelbett-Reaktor Technik in China und Südafrika weiter erforscht wurde und in Peking seit drei Jahren Prototypen des Kugelbett-Reaktors in Betrieb sind. – Die Kugelbett-Technologie

sei vielfach sicherer als jede andere Reaktortechnik. Fachleute nennen sie idiotensicher, schurkensicher und raketenfest. – Diese Technik arbeitet mit Thorium – es hat davon so viel im Erdmantel, um alle Kraftwerke der Welt mehrere Hundert Jahre zu beschicken.

...bei dieser Technik sandkornkleine Panzerkörner zum Einsatz kommen. Das sind nadelkopfgrosse Kernbrennstoffe, die von einer diamantharten Hülle aus Siliziumkarbid umgeben sind. Diese Hülle soll mindestens 1 Milliarde Jahre halten. Damit lässt sich das Abfallproblem lösen, weil es keines gibt.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Massive Zuwanderung aus dem EU-Raum

Im vergangenen Jahr sind nicht weniger als 90'496 Personen aus der EU in die Schweiz eingewandert. Der gesamte Wanderungssaldo (Einwanderung minus Auswanderung) der letzten fünf Jahre beläuft sich für sämtliche Länder insgesamt auf über 382'000 Personen. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Zürich. Die Zahlen des Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) zeigen deutlich eine Verdrängung der Ausländer aus Drittstaaten durch EU-Bürger und eine massive Belastung der Grenzregionen.

Die Arbeitslosenquote bei Ausländern aus Nicht-EU-Staaten liegt nach wie vor bei hohen 7,8%. Diese Personen werden durch einwandernde EU-Ausländer verdrängt, bleiben aber in der Schweiz und beziehen Arbeitslosengelder. Der Wanderungssaldo bleibt auch bei schwächerer Konjunktur sehr hoch. Auch hat sich gezeigt, dass

das Versprechen des Bundesrates, die Zuwanderung aus Drittstaaten nehme nach Einführung der Personenfreizügigkeit ab, falsch war. Die Zuwanderung aus Drittstaaten bleibt relativ stabil. Eine sprunghafte Zunahme der Einwanderung durch die Personenfreizügigkeit haben verschiedene Grenzregionen erlebt. So hat sich der Wanderungssaldo im Kanton Tessin seit 2002 im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ohne Personenfreizügigkeit mehr als verdreizehnfacht. Für die Genferseeregion ist der Saldo um mehr als das Fünffache gestiegen. Markant ist in diesen Regionen auch die Zunahme der Grenzgänger.

Das SECO wird zudem nicht müde zu betonen, dass die Zuwanderung insbesondere auf Hochqualifizierte entfällt und zieht als Beweis die angegebenen Bildungsabschlüsse herbei. Dass diese aufgrund unterschiedlicher Schul- und Bildungs-

systeme wenig aussagekräftig sind, wird nicht erwähnt. So liegt die Maturitätsquote in Italien bei gegen 80% oder in Frankreich bei über 50%. Aussagekräftiger wären Zahlen zur Einwanderung in bestimmte Berufsgattungen. Dort dürfte sich dann zeigen, dass deutlich weniger Ingenieure als Service- oder Küchenpersonal in die Schweiz einwandern – Schulabschluss hin oder her.

Für die Schweizer Demokraten (SD) ist klar, dass die Schweiz die Hoheit über die Zuwanderung zurückgewinnen muss. Die Zuwanderung muss endlich steuer- und begrenzt werden. Deshalb haben die SD auch die Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung» lanciert, welche in Bälde für die Unterschriftensammlung bereitsteht.

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- ___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Antischweizerische Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben eine Studie präsentiert, wonach im Jahr 2030 rund 400'000 Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden können.

Dabei überrascht es nicht, dass die Gewerkschaften den Bedarf an Arbeitskräften vorab im öffentlichen Sektor sehen. Neben einem verstärkten Einbezug der Frauen in den Arbeitsprozess setzen sie dabei erneut auf eine zusätzliche Einwanderung und heizen damit die Zuwanderungsspirale weiter an. Neue Zuwanderung führt zu einem weiteren Bedarf an neuen Einwanderern im Bereich von Spitälern, Schulen, Verwaltungen usw. Diese

Spirale ist endlich mit einer Zuwanderungsbegrenzung zu durchbrechen, welche für unser Land verkraftbar ist.

Seit jeher wollen die Gewerkschaften einen möglichst aufgeblähten Staat. Deshalb sehen sie den Bedarf an Arbeitskräften in der Zukunft in erster Linie im öffentlichen Sektor. Erschreckend ist, dass dieser Bedarf erneut insbesondere durch eine Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland gedeckt werden soll. Dadurch entsteht eine verhängnisvolle und folgenschwere Spirale. Denn die Zuwanderung erhöht ihrerseits den weiteren Bedarf nach Arbeitskräften in Spitä-

lern, Schulen, öffentlichen Verwaltungen usw. Dieser Bedarf soll wiederum durch neue Arbeitskräfte aus dem Ausland befriedigt werden. So sollen z.B. in Zukunft Zugewanderte auch polizeiliche Aufgaben übernehmen können. Diese schädliche Zuwanderungsspirale ist endlich zu durchbrechen. Es braucht eine Zuwanderungsbegrenzung, die verkraftbar ist und auf Infrastrukturen, Wohnraum, Umwelt und die Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft Rücksicht nimmt.

Seit Jahrzehnten stehen die Schweizer Demokraten (SD) als soziale und dem Schweizervolk verpflichtete Partei dafür ein.

Echte Flüchtlinge fordern nicht

Im Kanton Neuenburg weigerten sich unlängst Asylanten in Zivilschutzanlagen unterzukommen. Wer in seinem Land an Leib und Leben bedroht ist, soll bei uns Schutz finden. Die Scheinasylanten in Neuenburg suchen jedoch nichts anderes als bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz. Sie sind deshalb unver-

züglich in Vorbereitungshaft zu nehmen und in ihre Heimatländer auszuweisen.

Im Monat Mai weigerten sich Asylbewerber aus Nord- und Westafrika in eine provisorische Unterkunft in La Chaux-de-Fonds umzuziehen. Die Schweizer Demokraten (SD) verlangen von den Behörden sofortiges Handeln: Asylbewerber, die

sich solchen Unterkünften verweigern, sind sofort die Papiere abzunehmen. Sie sind in die Vorbereitungshaft zur Ausschaffung zu nehmen. Die Behörden haben ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die Schweiz offen ist für an Leib und Leben bedrohte Asylsuchende, der Missbrauch aber klar und rigoros bekämpft wird.